

Abdruck des 1. Monats 3,00 M.
im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M.
einzelständig 50 Pf. Verteilung: 100
12 Pf. Verteilung: 100 Pf. Ausland:
abonnements 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
einmal, bis Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinobrevier“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Jugend“, „Bild in die
Welt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
23. Oktober 1929
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einjährige Kampfbroschüre
„Kleine Kämpfer“ des letzten
Jahres ist jetzt erschienen. Sie enthält
12 Bogen, Preis 1,00 M. (Post-
zusatz 10 Pf.). Jeder weitere Bogen
10 Pf. (Postzusatz 10 Pf.).
Bestellungen für zwei Bände, 2
Bände 20 Pf. (Postzusatz 20 Pf.).
40 Bogen, Preis 4,00 M. (Post-
zusatz 40 Pf.).

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37356. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 63. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin.

Briand gestürzt!

In der ersten Kammersitzung nach den Ferien: 288 gegen 277 Stimmen.

Paris, 22. Oktober.

Das Kabinett Briand ist heute abend 7.30 Uhr in der Kammer gestürzt worden. Der Antrag der Radikalen, die Debatte über die außenpolitische Interpellation auf den 15. November festzusetzen, gegen den Briand die Vertrauensfrage stellte, wurde mit 288 gegen 277 Stimmen angenommen.

Das Kabinett ist somit mit 11 Stimmen in der Minderheit geblieben und hat den Saal verlassen.

Sofort nachdem das Kabinett in der Kammer in die Minderheit versetzt worden war, haben sich die Minister ins Elisee begeben und dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission überreicht. Präsident Doumergue hat diese angenommen und Briand und seine Mitarbeiter mit der vorläufigen Weiterführung der laufenden Regierungsgeschäfte betraut. Abends 7 Uhr 45 verließen die Minister das Elisee. Ministerpräsident Briand verweilte noch 10 Minuten länger und verhandelte während dieser Zeit mit Präsident Doumergue.

In früheren Jahren, als Aristide Briand noch im Vollbesitz seiner physischen Kräfte und seiner geistigen Elastizität war, wäre ihm ein solches Mißgeschick nicht widerfahren. In den letzten 25 Jahren ist er etwa zwölfmal Ministerpräsident gewesen — gestürzt wurde er fast nie. Er ließ es nämlich in den meisten Fällen gar nicht darauf ankommen, sondern er besaß eine sehr feine Witterung für drohende und unvermeidliche Regierungskrisen. Als kluger Mann baute er vor, indem er rechtzeitig und freiwillig abtrat. Dadurch vergrößerte er nur sein Prestige im Parlament und nach höchstens zwei Jahren griff das jeweilige Staatsoberhaupt bei der nächsten Krise auf ihn zurück.

Wie konnte ein so kluger Taktiker, ein so routinierter Virtuose des parlamentarischen Instrumentes sich dermaßen über die Stimmung in der Deputiertenkammer täuschen? Noch am Montag ließ er, indem er das Demissionsgesuch des bei den Senatswahlen durchgefallenen Benettonministers Antierou ablehnte, erklären, daß er die dadurch unvermeidliche Umbildung des Kabinetts nicht wünsche, daß er aber nach der Ratifizierung der Haager Vereinbarungen freiwillig zurücktreten werde. Und nun dieser plötzliche Szenenwechsel! Anstatt des so selbstbewußt verkündeten spontanen Abganges in vier bis sechs Wochen wird er gleich in der ersten Sitzung des wiederzusammengesetzten Parlaments über einen Antrag gestürzt, den er eigentlich gar nicht zu bekämpfen brauchte.

Wäre er der gradlinige Vorkämpfer der europäischen Verständigungspolitik gewesen, als der er sich gern feiern ließ, dann hätte er es gar nicht nötig, die Vertrauensfrage gegen den Antrag der Radikalen zu stellen, der sich sicher nicht gegen seine Person richtete. Aber gradlinig ist Briand nie gewesen, sondern immer nur Taktiker. Seit drei Jahren machte er Verständigungspolitik auf Umwegen. Er hielt es für sicherer und ungefährlicher, die Politik der Rheinlandräumung und des Abbaues der Dawes-Banken mit der Rechten — oder zumindest mit einem möglichst großen Teil der Rechten — zu machen. Was dabei herauskam, war oft verwirrend und enttäuschend: es sei nur an die ersten Wochen der Haager Konferenz erinnert, wo er vor lauter Ausschücheln in der Räumungsfrage auf dem besten Wege war, das Vertrauen nicht nur der Deutschen, sondern der gesamten europäischen Demokratie restlos zu verlieren. Ein mutiges Eintreten für das, was er selbst für richtig und unvermeidlich hielt, hätte ihm, allerdings erst nach erbittertem Kampf, eine klare Mehrheit im Parlament und im Volke gesichert. Aber diese Schlacht zu suchen und zu führen, lag ihm nicht. Er hielt es für klüger, die Nationalisten mit zu „kompromittieren“, indem er sie durch Zugeständnisse in Einzelfragen auf das Ganze festzulegen veruchte. Ähnlich übrigens wie es Stresemann in den Jahren 1925 und 1927 mit den Deutschnationalen praktizierte. Aber ähnlich wie damals Stresemann erreichte er nur eine Vermirrung der Begriffe: die Nationalisten machten die offizielle Außenpolitik im Kabinett stillschweigend mit, aber ihre Abgeordneten, ihre Zeitungen und sogar ihre Minister nahmen für sich das Recht in Anspruch, draußen im Lande diese Verständigungspolitik anzugreifen und zu verhöhnen.

Das ist es, was der Abgeordnete Montigny im Namen der seit zwei Jahren geschlossenen in der Opposition befindlichen Radikalen durch seine Interpellation festzulegen wollte. Er hätte auf die sonderbaren Reden des Kolonial-

ministers Maginot hingewiesen, der den Räumungsabmachungen vom Haag eine höchst illoyale Auslegung gibt, ohne daß Briand bisher den Mut fand, ihn öffentlich zu desavouieren. Er hätte weiter zusammen mit dem sozialistischen Abgeordneten Frossard den sonderbaren Komplex der Besprechungen Paul Reynauds mit Deutschnationalen und Stahlhelmen zur Sprache gebracht, die ein sonderbares Licht auf die Ehrlichkeit der Nationalisten beider Länder wirft. Das alles war Briand recht peinlich, denn er hätte endlich in der Kammer Farbe bekennen, das heißt von seinen Mitarbeitern auf der Rechten abrücken müssen. Er hat es vermeiden wollen, und ist darüber gestürzt.

Bisher liegen nur die rohen Abstimmungszahlen vor. Aber es ist kaum zu bezweifeln, daß er von der Linken allein nicht gestürzt worden ist, obwohl natürlich der Vorstoß in der Kernsache von den Radikalen und Sozialisten geführt worden ist. Unter den 288 Stimmen der gestrigen Mehrheit befinden sich aber sicherlich 30 bis 40, die von der Rechten stammen: entschiedene Gegner jeder Verständigungspolitik, die vor allem die Haager Räumungsbeschlüsse um keinen Preis billigen, vielleicht aber auch eifrige, die von Maginot und Lardieu zu dem Zwecke abkommandiert wurden, eine Krise und Klärung schon jetzt herbeizuführen.

Die Krise ist nun da — wird auch die Klärung eintreten? In den letzten Wochen wurde immer wieder im Hinblick auf die angeforderte spätere Demission Briands der Name Lardieu in den Vordergrund geschoben. Dieser energische, ehrgeizige, talentierte und vielseitige Politiker hatte sich seit Monaten als Innenminister besonders hervorgetan. Aus der diplomatischen Karriere hervorgegangen, später jahrzehntelang Schreib- und geschäftsgewandter außenpolitischer Leitartikler des „Temps“ war André Lardieu während des letzten Teils des Krieges und besonders in der Zeit von Versailles die rechte Hand Clemenceaus. Seine persönliche Feindschaft gegen Poincaré führte ihn sogar zeitweilig dazu, als Sprecher der allerextremsten Nationalisten im Parlament aufzutreten. Seine Niederlage bei den Wahlen von 1924 löste fast überall Freude aus. Aber schon nach einigen Jahren tauchte er als Abgeordneter von Velfort wieder auf. Bald stellte er sich als bedingter Anhänger der Verständigung

vor. In Frankreich pflegt man solche Wandlungen ohne besonderes Erstaunen zur Kenntnis zu nehmen. Als Poincaré sein Burgfriedenskabinett bildete, nahm er Lardieu auf. Seit fast zwei Jahren leitet er das Innenministerium und spielt sich dort immer mehr als der starke Mann auf, scheinbar vor allem gegen die Kommunisten, die mit ihrer blöden Taktik das Spiel ungeheuer erleichtern, in Wirklichkeit gegen die Sozialisten und sozial gesinnten Teile der Radikalen. So wurde in letzter Zeit in der gemäßig-reaktionären Bourgeoisie allgemeine Stimmung für den „kommenden Mann“ André Lardieu gemacht, der ein „Kabinett der Konzentration“ vorbereite. Freilich zeigte die große Mehrheit der Radikalen, deren Parteitag in Reims unmittelbar bevorsteht, wenig Neigung, dieser neuen Form des Nationalen Blocks beizutreten. Nun: dann hätte Lardieu die Minderheit der Radikalen, die der Opposition müde ist, mit einigen Ministerposten geködert und ein Kabinett gebildet, das sich fast bis zur äußersten Rechten erstreckt hätte.

Hat das unerwartet schnelle Ende der Regierung Briands diesen Plan durchkreuzt oder gefördert? Nach der Logik des parlamentarischen Systems müßte eigentlich als Folge des gestrigen Sieges der Linken ein Rückzug nach links eintreten.

Aber — es gibt ein Aber, mit dem man sich ernsthaft auseinandersetzen muß: Eine Mehrheitsbildung nach links ist heute, genau wie im Jahre 1924, nur möglich mit Hilfe der französischen Sozialisten. Nun waren bisher unsere französischen Genossen in ihrer Mehrheit der Koalitionspolitik abgeneigt. Die Gründe der Parteilichkeit sind hier früher so oft dargelegt worden, daß wir auf eine Wiederholung dieser Auseinandersetzung verzichten können. Als sich die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der französischen Partei von 1924 bis 1926, von Parteitag zu Parteitag zugunsten jener Auffassung immer mehr verschoben, die in den meisten übrigen Parteien der Internationale längst zum Gemeingut geworden ist, war es zu spät: Poincaré war inzwischen ans Ruder gekommen. Seitdem schien die Frage nicht mehr aktuell. Jetzt tritt sie über Nacht abermals und dringlicher denn je an die Partei heran. Sie trifft sie ziemlich unvorbereitet. Die Mehrheit der sozialistischen Fraktion ist zweifellos für aktive Regierungspolitik, die Mehrheit der letzten Parteitagbeschlüsse ist dagegen. Dr-

Das neue Republikschutzgesetz.

Veröffentlichung durch die „Kölnische Zeitung“.

Auf dem Umweg über die „Kölnische Zeitung“ meldet WTB in späterer Nachtstunde den Wortlaut des vom Reichskabinett verabschiedeten Entwurfs eines Gesetzes zum Schutze der Republik, § 1 lautet: „Wer an einer Verbindung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben einer Person

wegen ihrer „amtlichen oder beruflichen“ Stellung

im politischen Leben bezweckt oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft; ebenso wird bestraft wer eine solche Verbindung unterstützt. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus nicht unter zwei Jahren. Straffrei wird, wer der Behörde oder dem Bedrohten von der Verbindung oder Verabredung oder ihrem Zweck so rechtzeitig Kenntnis gibt, daß ein in Verfolgung der Bestrebungen der Verbindung oder Verabredung beabsichtigtes Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann.

§ 2 bestraft Nichtanzeige des Bestehens einer im § 1 genannten Verbindung mit Gefängnis.

§ 3 bestraft mit Gefängnis, nicht unter 3 Monaten den, der gegen eine Person wegen ihrer amtlichen oder beruflichen Stellung im politischen Leben einen Angriff auf Leib und Leben unternimmt oder verbrodet. Derselbe § 3 bestraft mit Gefängnis nicht unter drei Monaten die Teilnahme an geheimen oder staatsfeindlichen Verbindungen gegen die Republik.

§ 4 bestraft mit Gefängnis nicht unter einem Monat sonstige Verabredungen zu Gewalttaten gegen Politiker.

§ 5 bestraft mit Gefängnis nicht unter drei Monaten die öffent-

liche Beschimpfung und Verächtlichmachung der Republik oder die absichtliche Befundung der Nichtachtung ihr gegenüber,

ferner die Beschimpfung des Reichspräsidenten, der Minister, der Reichs- und Landesparlamentarier, die Beschimpfung von Personen, die aus politischen Gründen getötet worden sind, die Aufstörung zu Gewalttätigkeiten gegen Politiker, die Anpreiung bezugener Gewalttätigkeiten oder eines Hochverrats.

Nach § 6 bleibt Verurteilung zu Zuchthaus wegen Hochverrats oder Verbrechen gegen § 1 des Gesetzes Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte nach sich. Nach § 8 können Versammlungen, in denen bestimmte Vergehen gegen das neue Gesetz begangen werden, aufgelöst werden. Dasselbe bestimmt § 9 für die Vereine. Für solche Auflösungen ist, wenn die Landesbehörde von ihnen absteht, auch durch den Reichsminister des Innern zuständig. Beschwerde hat keine erhebende Wirkung. Das Vereinsverbot kann nach § 10 eingezogen werden. § 11 enthält Strafbestimmungen (Gefängnis nicht unter drei Monaten) für Personen, die sich an aufgelösten Vereinen weiter beteiligen. §§ 12 bis 15 enthalten

Vorschriften über die Presse.

Druckschriften, die gegen die Hochverratsparagrafen des Strafgesetzbuches verstoßen oder schwere, durch das neue Gesetz normierte Vergehen begehen, können staatsanwaltschaftlich beschlagnahmt werden. Gegen einen Aufhebungsbeschluss des Gerichts ist sofortige Beschwerde mit ausschließender Wirkung zulässig. In den namentlich aufgeführten schweren Fällen können Tageszeitungen bis auf vier oder sechs Wochen verboten werden. Das Verbot kann auch durch den Reichsminister des Innern erfolgen. Beschwerde hat keine ausschließende Wirkung. Erschwerende Umstände unterliegen gleichfalls dem Verbot, und ihre Hersteller machen sich strafbar.

Renner fordert innere Abrüstung.

Beginn der Verfassungsdebatte im Nationalrat.

Wien, 22. Oktober. (Eigenbericht.)

Im Nationalrat begann die erste Lesung der Verfassungsvorlage. Für die Sozialdemokratie sprach Dr. Renner, der u. a. ausführte:

„Der Inhalt dieser Vorlage ist im wesentlichen der, daß die Vertreter von 57 Prozent der Bevölkerung die anderen 43 Prozent außerhalb des Gesetzes, jedenfalls aber außerhalb des gleichen Rechtes stellen wollen. Zu der Erschütterung unserer Wirtschaft soll nun auch alles in dieser Verfassung in Frage gestellt werden, was wir an rechtlichen Sicherungen bisher hatten.“

Sie haben sich von Ihren Predicanten zu dieser Verfassung zwingen lassen, die Sie als Druckmittel ansehen, weil Sie nicht den Mut haben, sich zur Abrüstung zu bekennen, die wir seit Jahren vorschlagen.

Wir lehnen die Verantwortung dafür ab, daß unser ganzes Volk durch diesen Verfassungskampf auf das schwerste erschüttert wird, daß eine Brandfackel in das Volk geworfen wird, während es in der schwersten wirtschaftlichen Krise steht. Das Volk hat wahrlich andere Sorgen. Aber wir werden dem Kampf, den Sie uns aufzwingen, nicht ausweichen, nicht hier und nicht außerhalb des Parlamentes. Sie behaupten immer, daß die Staatsmacht stark ist. Wozu dann diese Ueberspannung der Staatsmacht in den Mitteln der Unterdrückung und wozu dann die tägliche Kapitulation vor privaten Gewalttätern? Diese angeblich starke Staatsgewalt muß die Augen verschließen davor, daß

feudale Herren eigene Jägertruppen aufstellen,

daß Industriebesitzer eigene Pionierskassen halten. Alle Verfassungsbeschlüsse, die sie fassen, sind bloßes Papier, wenn der Zustand bleibt, daß drei Armeen nebeneinander bestehen können. Darum steht vor jeder Verfassungsfrage die Frage der Abrüstung. Ohne sie ist jede Verfassung ein Stück Papier. Und wenn wir in die Verhandlungen eintreten, so stellen wir an die Spitze die Frage: Wird abgerüstet oder nicht? Die Abrüstung ist die Voraussetzung für jede Gesundung und jede wirtschaftliche Beruhigung in diesem Lande. Es gibt unter den Sozialdemokraten verschiedene Anschauungen über verschiedene Fragen. Aber

über Freiheitsfragen gibt es keine Differenz unter uns.

Wenn Sie glauben, daß von uns auch nur einer in der Verleumdung der politischen Rechte lässig sein könnte, so ist das eine Illusion. Wir sind alle einer Meinung darüber, daß wir die Demokratie in unserem Lande nicht einer Bande von bezahlten Abenteurern ausliefern lassen und wir wissen, daß wir in diesem Kampf nicht allein sind, daß wir das ganze zivilisierte Europa auf unserer Seite haben.

Sie sagen, es gibt keine Verständigung mit den Sozialdemokraten, während die große deutsche Nation seit Jahren durch eine Arbeitgemeinschaft des Zentrums und der Sozialdemokratie regiert wird, die das deutsche Volk aus den Nöten des Krieges herausgeführt hat.

Ist es denkbar, daß das österreichische Volk es einer Bürokratie überlassen kann, das Parlament beiseite zu schaffen. Das ist eine reaktionäre Utopie.

Renner erklärte zum Schluß unter dem stürmischen Beifall der 71 Sozialdemokraten: Glauben Sie, daß wir 40 Jahre für die Freiheit gekämpft haben und diese jetzt preisgeben, weil uns ein paar Abenteurer drohen? Mögen sie wissen, daß jeder von uns das Aeußerste auf sich nehmen würde, wenn es sein muß, um diese Rechte zu verteidigen.

Abg. Dr. Schmitz (Christl.-Soz.)

begründet die Notwendigkeit der Verfassungsreform, besonders die Reformbedürftigkeit des Parlamentarismus, mit dem Hinweis auf die wiederholte Obstruktion der Sozialdemokraten und erörterte dann die hauptsächlichsten Mängel der bestehenden Verfassung. Auf die Rede Dr. Renners eingehend, sagte er, sie wolle wohl Töne auf, welche beruhigend wirken werden, aber Renner habe auch gedroht (!). Schmitz bestritt, daß es sich um ein neues Sozialistengesetz handele. Die Regierung wolle nur Sicherungen schaffen dafür, daß der Staat und sein Lebenswille gewährleistet werden. Wenn die Sozialdemokraten eine Partei werden wollen, die

erklären, daß die Verhandlungen vom guten Willen des Parlamentes abhängen. Nein, meine Würde verbietet mir das.

Die Abstimmung, die die Kammer jetzt in diesem Moment vornehmen wird, wird die

ernstesten Folgen

haben. Eine große Verantwortung ruht auf den Schultern der Mitglieder der Kammer.

Alsdann bringt der radikale Abgeordnete Montigny seinen Antrag auf Festsetzung der außenpolitischen Debatte auf den 15. November ein, findet dafür die Unterstützung der Sozialisten, während Briand gegen diesen Antrag die Vertrauensfrage stellt. Die Kammer hat daraufhin, wie berichtet, mit 288 gegen 277 den Antrag Montigny angenommen und die Regierung ist zurückgetreten.

Die Young-Krise in Thüringen.

Sozialdemokratie fordert Auflösung des Landtages.

Wilmars, 22. Oktober. (Eigenbericht.)

Im Verlauf der Landtagsdebatte über die Anträge der Rechten und der Kommunisten zum Young-Plan erklärte der Vorsitzende des Staatsministeriums Dr. Paulsen: Ich bin nicht bereit, über Einzelheiten der Haager Konferenz Ausschluß zu geben. Im Ausschluß bin ich dazu bereit. Im übrigen sind die Verhandlungen in Haag noch nicht abgeschlossen. Für die thüringische Regierung aber ist so viel sicher, daß die Annahme der Anträge im Landtag, die die Regierung beauftragt wollen, im Reichsrat gegen den Young-Plan zu stimmen, die Regierung vor den Scheideweg stellt.“

Abg. Frölich (Soz.) begründete im Verlauf seiner Rede einen sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung

auf dem Boden der Autorität des Staates und der Gesetze (1), dann hätten sie von der neuen Verfassung nichts zu fürchten.

Die Christlichsozialen hegten den Wunsch, die Verfassungsreform auf dem normalen parlamentarischen Wege durchzuführen. Sie verhehlten sich aber nicht, daß die grundsätzliche revolutionäre Einstellung der Opposition gewisse Gefahren für die Weiterentwicklung der Verfassung in sich birge.

Der Staat sei eine Naturnotwendigkeit, seine Einrichtungen aber, über die, zu verschiedenen Zeiten verschiedene Meinungen herrschen, könnten auf dem normalen Wege nur dann geändert werden, wenn dies rechtzeitig und in hinreichender Weise geschehe. Wenn aber die berufenen Organe die Zeit nicht erkennen, dann könne die Entwicklung auch über ihre Köpfe hinweggehen. Der Redner versicherte, daß seine Partei alles tun werde, um eine rasche Erledigung der Verfassungsvorlage herbeizuführen. (Lebhafter Beifall der Mehrheit.)

Am Mittwoch wird Bürgermeister Seih über die vorgeschlagene Entrenchung Wiens sprechen.

Die Putschdrohungen gefährden den Schilling!

Wien, 22. Oktober. (Eigenbericht.)

Jetzt ist die Reichstagsdrohung für den 29. September die Einlagen bei den Wiener Banken und Sparkassen gegen Anfang September um 16 Millionen Schilling zurückgegangen. In ganz Österreich wurden im September 47 Millionen Schilling Spargelder abgehoben — die angeblich heimwehkräne Provinz ist also noch mehr besorgt als Wien! Im Oktober stiegen sie wieder an, um jedoch auf die neue Putschdrohung für den 27. Oktober wieder stark abzunehmen. Seit der Einbringung der Schober-Bougoin-Verfassung wird ständig Spargeld abgehoben. Dauert dieser Zustand noch einige Zeit an, so muß man für die ganze Wirtschaft und das Geld- und Kreditwesen ernste Gefahr befürchten.

Die Gewerkschaften mahnen.

Wien, 22. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Vorstand des Bundes der freien Gewerkschaften hat beschlossen, der am Mittwoch zusammen tretenden Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften folgende Entschloßung zur Annahme vorzulegen:

„Die Gewerkschaften betrachten die von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwürfe als einen Versuch, die politischen Rechte der Arbeiterklasse wesentlich einzuschränken, um dadurch die politische und wirtschaftliche Machtstellung der Arbeiterklasse so zu schwächen, daß die Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Nationalrat nicht mehr imstande sind, die wichtigsten sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten wirksam zu verteidigen. Die Gewerkschaften betrachten es als Pflicht der Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Parlament, diesen Anschlag auf die Volksrechte abzuwehren. Angesichts der Drohungen eines Putsches und Staatsstreiches, um die Verfassungsänderung verfassungswidrig zu verfügen, wenn sie die Zweidrittelmehrheit im Nationalrat nicht findet, erklären die Gewerkschaften, daß sie

gegen jeden solchen Gewaltstreich die verfassungswidrige Rechtsordnung und die Rechte der Arbeiter und Angestellten mit der größten Entschlossenheit und mit allen Mitteln verteidigen werden.“

Die Gewerkschaften machen die Regierung, die parlamentarischen Parteien und das Unternehmertum nochdrücklicher darauf aufmerksam, daß die Drohungen mit einem Gewaltstreich eine Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen haben, die eine wirtschaftliche Katastrophe herbeizuführen droht. Die Gewerkschaften erklären, daß das einzige Mittel, die Bevölkerung zu beruhigen und die wirtschaftliche Katastrophe zu verhüten, eine Erklärung nicht nur der Regierung, sondern aller parlamentarischen Parteien wäre, daß sie in keinem Falle den gesetzlichen Boden verlassen werden, jeden Putsch und jeden Staatsstreich ablehnen und feststellen, daß die Verfassung auf keinem anderen Wege geändert werden wird, als den sie selbst vorschreibt.

Im Namen von Hunderttausenden Arbeitern und Angestellten, die infolge der wirtschaftlichen Beunruhigung von Arbeitslosigkeit bedroht sind, hoffen die Gewerkschaften, daß durch eine solche Erklärung die wirtschaftliche Beruhigung hergestellt würde.“

des Landtages. Frölich stellte u. a. fest, daß der Außenminister des Cuno-Kabinetts Rosenberg zu Beginn der Ruhrbesetzung in einer Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten erklärte, die Franzosen müßten die Ruhr in sechs Wochen räumen, weil sie außerhalb sein würden, die komplizierte Technik des deutschen Reichsbahnapparates zu beherrschen. Von den vielen falschen deutschen nationalen Prophezeiungen ging Frölich wirkungsvoll auf die in die Begriffe gegangenen Vorauslagen der thüringischen Reaktion ein. Klarheit über die thüringische Politik könne nur die Auflösung bringen: die Behandlung der thüringischen Verhältnisse könne nur in einem neuen Landtag verhandelt werden.

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

Bayernlandtag und Sklavenbegehren.

Ein Vorschlag der Hugenberger abgewiesen.

München, 22. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Parteien des Inflationsbegehrens wollten noch während der Eintragungsrufe die Tribüne des Bayerischen Landtages für ihre Volkserhebung benutzen. Sie stellten deshalb den gemeinsamen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtages. Der Landesrat entschied am Dienstag, diesem Antrag nicht stattzugeben und den Landtag erst für Ende November einzuberufen. Beeinflusst wurde diese Entscheidung durch die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß der bayerischen Regierung eine abschließende und endgültige Stellungnahme zum Young-Plan vor Abschluß der noch in Gang befindlichen internationalen Verhandlungen nicht möglich sei. Infolgedessen sei auch eine Instruktion des bayerischen Vertreters im Reichsrat zurzeit ungewinnlich.

geistige Führer der Partei, Leon Blum, ist bisher bestenfalls für eine Politik der Unertlichkeit einer Regierung der Linken zu haben gewesen, aber das genügt den Radikalen nicht, und man kann ihnen das nicht verübeln.

Diese Gründe der Partitradition und auch der aktuellen politischen Situation sprechen zweifellos gegen die Koalitionspolitik. Andererseits fragt man sich unwillkürlich, wozu die Sozialisten gestern dazu entscheidend beigetragen haben, das Kabinett Briand zu stürzen. Doch nur um eine bessere Regierung herbeizuführen. Wenn aber diese bessere Regierung nur mit ihnen möglich ist? Soll dann wieder einmal eine schlechtere kommen, mit einem Tardieu an der Spitze, der sich dann fast vorbehaltlos auf die Nationalisten stützen würde? Daß in solchem Falle die Haager Beschlüsse jene engherzige und nicht ungefährliche Auslegung erfahren dürften, die man in letzter Zeit aus dem Munde Maginots und anderer vernahm, sei nur nebenbei erwähnt.

In England regiert die Arbeiterpartei, in Deutschland ist die Sozialdemokratie die weitaus stärkste Fraktion der Reichskoalition. Es wäre jedenfalls für die Arbeiterklasse aller europäischen Länder ein Tag der Freude, der Hoffnung und des Stolzes, an dem man verkünden könnte, daß nunmehr auch und gleichzeitig in Frankreich der Sozialismus den Anspruch auf den Teil der Macht erhebt, der ihm nach seiner Stärke und nach der geistigen Bedeutung seiner Führer gebührt!

Der Verlauf der Sitzung.

Paris, 22. Oktober. (Eigenbericht.)

Das französische Parlament ist am Dienstag mittag zu einer Herbsttagung zusammengetreten. Nach der Verlesung der Interpellationen, deren Zahl die 50 weit übersteigt, ergriff Ministerpräsident

Briand

sofort das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er erinnerte daran, daß er bei seinem Amtsantritt nach der plötzlichen Erkrankung Poincarés der Kammer kein vollständiges Programm vorgelegt, sondern lediglich einen Waffenstillstand von 100 Tagen erbeten habe, um die Interessen Frankreichs auf der Haager Konferenz zu vertreten. Sobald die Haager Vereinbarungen von den jetzt noch tagenden Ausschüssen und Kommissionen fertiggestellt seien, werde sich das Parlament darüber aussprechen können. Dann auch sollten gleichzeitig die Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung zur Sprache kommen. Die übrigen Interpellationen möge man, wie üblich, jeweils am Freitag nachmittag erledigen. Um aber keine Zeit zu verlieren, sei es notwendig, die Diskussion über das Budget für 1930 sofort zu beginnen.

Die Rede Briands war schon ihres nüchternen Inhalts, noch mehr aber ihres ungewöhnlich temperamentslosen Tones wegen nicht darauf angelegt, in der Kammer eine neue Woge des Vertrauens zur Regierung auszurufen. Briand ist, wie er bereits am Montag aus Anlaß der von dem Pensionsminister eingebrachten Demission in einer kurzen Erklärung durchblicken ließ, regierungsmüde. Er hat auch in seinen privaten Unterhaltungen in den Wandelgängen der Kammer kein Hehl daraus gemacht, daß er so schnell wie möglich nach Liquidierung der Haager Konferenz zurückzutreten wünsche. Vielleicht scheint er es müde zu sein, einen ewigen Kampf um seine Politik gegen eine widerstrebende Mehrheit führen zu müssen, die gerade in der Dienstagsführung wieder in der Person des Abg. Marin lebhaft gegen die Rheinlandräumung und die Saarverhandlungen opponiert.

Die Vorklänge des Ministerpräsidenten haben im Hause zahlreiche Widerprüche hervorgerufen. Viele Redner verlangten die sofortige Behandlung der Interpellation über die Greidepolitik der Regierung, andere die Außen- und Innenpolitik. Im Namen der Sozialisten erklärte deren Führer

Leon Blum,

seine Fraktion bestreite nicht auf der sofortigen Diskussion der Interpellationen. Die Kammer möge sich jedoch sofort über drei von seiner Gruppe eingebrachte Gesetzesvorschläge aussprechen. Der dritte Gesetzesvorschlag fordert die Regierung auf, die Kreditforderungen des Kriegs- und Marineministeriums erneut zu kürzen, und zwar in der Weise, daß sich daraus eine Einsparung von 1 Milliarde Franken für die beiden Budgets ergibt.

Der radikale Abgeordnete Montigny sowie Louis Marin sprachen sich für die sofortige Diskussion über die Außen- und Innenpolitik aus, Marin, indem er erklärte, die Kammer müsse das Recht und die Pflicht haben, über die Außenpolitik der Regierung, insbesondere hinsichtlich der Rheinlandräumung, der Haager Abkommen und der Saarfrage eine Kontrolle auszuüben, Montigny, indem er seiner Besorgnis darüber Ausdruck gab, daß man später vor vollendete Tatsachen gestellt werden könne, daß vor allem die internationale Zahlungsbank der Kontrolle der Regierungen entzogen und eine Art Finanzdiktatur über die europäischen Demokratien errichtet werden könne. Ferner verlangte der radikale Redner Aufklärung über die Zusammenhänge zwischen der Haager Beschlüssen und der Rheinlandräumung. Es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, unter welchen Bedingungen die Räumung erfolgen werde. Die bestehenden Zweideutigkeiten müssen verschwinden, schon deshalb, damit sie keinen Einfluß auf den innerpolitischen Kampf, der zurzeit in Deutschland geführt werde, ausüben könnten.

Der Linksrepublikaner Boussoix, der eine Interpellation über die Saarfrage eingebracht hat, verlangte, daß die Regierung unverzüglich ihre Absicht in dieser Frage bekanntgabe.

Blum erklärt hierauf, er wolle sich dem Vorschlag Montignys, die von ihm genannten drei Probleme baldigst zu diskutieren, nicht widersetzen.

Briand

stellt ironisch fest, daß der Abg. Montigny im Namen einiger seiner Freunde den Wunsch einer großen Anzahl von rechtsstehenden Deputierten zum Ausdruck gebracht habe. Das sei eben das Spiel der Politik. Je länger die Existenz einer Regierung sei, so habe Briand fort, je mehr sie ihrem Ende entgegenstehe, um so größerer Verzicht auf brauche sie, um ihre Aufgabe im Interesse des Landes vollenden zu können. Ich habe nicht das Recht, sagt Briand, mich gegenüber dem Auslande in eine geschwächte Lage drängen zu lassen. Das Parlament wird das Recht haben, die Abkommen, die wir ihm unterbreiten werden, zu billigen, zu mißbilligen und selbst abzuändern. Aber was würde eine Interpellation bedeuten, und welchen Wert würde eine Tagesordnung haben? Es würde darauf hinauslaufen, das der Regierung für die weiteren Verhandlungen ausgesprochene Vertrauen wieder zu erzittern. Die Regierung hat sich übrigens vor der Kammer und vor dem Senat über die Bedingungen für die Rheinlandräumung geäußert. Sie kann sich also nicht damit inverstehen

Beamte gegen Hugenberg.

Eindeutige Stellungnahme.

In einer überfüllten Versammlung der Funktionäre der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Steintopf über das Thema „Volksbegehren und Beamtenchaft“. Er führte aus:

Bei Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Eintragung zum Volksbegehren handelt es sich für den Beamten nicht um die Frage: parteipolitisch oder neutral?, sondern um die Frage der staatspolitischen Haltung (sachlich). Ein staatspolitisch denkender Beamter darf sich unter keinen Umständen einzeichnen. In disziplinarer Hinsicht wäre zwischen der Unterzeichnung von Aufrufen und zwischen der Unterzeichnung der Eintragungslisten zum Volksbegehren zu unterscheiden. Es sei klar, daß bei der Unterzeichnung von Aufrufen mit herabsetzendem, die Mitglieder der Regierung beleidigendem Text ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Beamtenrechts vorläge. Aber man müsse darüber hinaus dem preussischen Ministerpräsidenten Braun Recht geben, der schon bei Einzeichnung zum Volksbegehren durch den Inhalt des § 4 des Gesetzes dieses Tatbestand als gegeben ansehe. Steintopf gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Staatsgerichtshof bei der Entscheidung im Streit zwischen der preussischen Regierung und der deutschnationalen Partei der preussischen Regierung Recht geben müsse. Es wäre ein schwerer Schlag gegen das Berufsbeamtenrecht, wenn der Staatsgerichtshof anders entscheide. Staat und Berufsbeamtenrecht sind eines, und es muß im Volke den schlechtesten Eindruck machen, wenn ein Beamter die Minister, die auf Grund von Gesetz und Verfassung gehandelt haben, durch seine Unterschrift als rechtsunwürdig bezeichnen dürfte. Die Grenzen, die das Beamtenrecht zieht, sind durch den § 4 überschritten. Die Heranziehung des Artikels 125 der Reichsverfassung erfolgt zu Unrecht, denn bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen findet eine Handlung statt, die unter Rücksichtnahme auf die politische Ueberzeugung des Staatsbürgers geheim erfolgt. Hier aber handelt es sich um eine öffentliche und namentliche Bekundung einer Ansicht. Bei einer derartigen Bekundung ist die Rücksicht zu wahren auf die öffentlich-rechtliche Stellung des Beamten, wie das Beamtenrecht es vorschreibt. Möge das Volksbegehren wie ein reinigendes Gewitter wirken! Mögen Reichs- und Staatsbehörden aus ihm den Schluß ziehen, daß nur eine konsequente republikanische Personalpolitik uns vorwärts bringt! Das ablehnende Verhalten der überwiegenden Mehrheit der Beamtenchaft gegenüber dem Hugenberg'schen Volksbegehren hat beim Volke den besten Eindruck gemacht. Hieraus die nötigen Folgerungen zu ziehen, wird Aufgabe der Parlamente und Dienststellen sein.

Das Referat fand stürmische Zustimmung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Der Vertreter der in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft vereinigten Beamtenverbände mit über 500 000 Mitgliedern das unteren und mittleren Dienstes verurteilen aufs schärfste das unter dem Namen „Freiheitsgesetz“ eingebrachte Volksbegehren. Sie sind der Auffassung, daß nur die von der Reichsregierung betriebene Außenpolitik auf der Grundlage der Völkerverständigung und des Völkerfriedens das deutsche Volk in eine bessere Zukunft führen kann. Die S.A.G. erwartet von der Beamtenchaft, daß sie sich, eingedenk ihrer staatspolitischen und beamtenrechtlichen Stellung im Volksstaat, von allen Bestrebungen fernhält, die geeignet sind, dieses Volksbegehren zu unterstützen.“

Die Maßnahmen des Deutschen Beamtenbundes werden gebilligt und genehmigt.

Auch die höheren Beamten.

Der geschäftsführende Vorstand des Reichsbundes der höheren Beamten erklärt, daß seine Ablehnung einer Stellungnahme zum Volksbegehren keine Zustimmung zu dem Hugenberg-Hütterschen Gesetzentwurf bedeute, daß vielmehr der § 4 dieses Entwurfs seinen schwersten Bedenken begegne.

Rückwärts, rückwärts . . . !

Die Eintragenden verkrümeln sich.

Das Ergebnis der Eintragungen für das Inflationsbegehren zeigt auch am Dienstag einen weiteren Rückgang. Es wurden gezählt im Bezirk

	22	21	20.
Nichtenberg	455	565	933
Kreuzberg	1213	1438	2454
Reußlin	402	530	860

Wie in Berlin, so stellen sich die Ziffern im Lande für die Begehler immer katastrophaler. In Leipzig z. B. wurden in den ersten sechs Tagen — bis Montag einschließlich — nur 4590 Stimmen aufgebracht gegen 10 384, die das Thälmann-Begehren in der gleichen Zeit erzielte. Das Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung verzeichnete am sechsten Tage in Leipzig rund 60 000 Stimmen!

Welcher lagen an Einzeichnungen bis Montag abend vor aus:

München	10 795	Hamburg	113
Rhin	1 856	Breslau	6 045
Eberfeld-Barmen	1 824	Darmstadt	695
Trier	55	Magdeburg	6 820
Offenbach	197	Stettin	3 880
Hanau	119	Hamburg	10 350
Fulda	57		

Wohin man auch blickt: Nicht einmal die deutschnationalen Wähler folgen der Parole Hugenbergs!

Aber auch den Hugenbergern kommt das Licht aus dem Osten! Die Mitteilungen der deutschnationalen Pressestellen berichten Riesenerfolge aus den Orten Pörscheln bei Dr.-Eylau; Rl.-Medunischken, Kr. Darkehmen; Pohlebeles, Kr. Bartenstein; Juttschen, Kr. Büttchen; Girnen, Kr. Gumbinnen; Bowerwike, Kr. Hellsberg; Dübberow, Kr. Belgard; Juchny, Kr. Tilsit; Mit-Suchorok, Kr. Ortelsburg; Gr.-Gonschorowen (Distr.) usw. In diesen Orten, deren Bedeutung niemand verkennen wird, sind angeblich schon 50 bis 75 Proz. der Wähler eingetragen. Es tut nicht, daß die Orte nur 90 oder 100 Wahlberechtigte haben und daß der „herrliche gesamte Terror“ dort keine Wirkung übt, den die Agrarier allgemein wieder einführen möchten.

Der Calken-Bund kann weiter bestehen. Auf den Einspruch des „Königin-Luisen-Bundes, der bekanntlich als Hilfsorganisation des Stahlhelms unter Bezugnahme auf die Entnahmungsbestimmungen des Versailler Vertrages durch den preussischen Innenminister in Beständen aufgelöst war, hat Minister Grafinski nunmehr mitgeteilt, er habe Anweisung gegeben, den Königin-Luisen-Bund nicht in das Verbot einzubeziehen. Die Auflösung ist somit zurückgenommen.

Verteilung kommunistischer Gelder.



Und der Löwe mit Gebrüll Richtet sich auf — da wird's still!

Der Preußenprozeß in Leipzig.

Der harmlose Zuchthausparagraf.

Leipzig, 22. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Klagejache der preussischen deutschnationalen Landtagsfraktion gegen die preussische Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich folgte am Nachmittag auf die Verkündung der bereits in der Abendausgabe gemeldeten Gerichtsbeschlüsse

das Referat des Berichterstatters.

Zur Erläuterung der Sachlage verlas er wörtlich die §§ 3 und 4 des Inflationsgesetzes und den darin genannten § 92 StGB, sowie aus der Rundfunkrede des preussischen Ministerpräsidenten Braun, nach dem Bericht des „Vorwärts“, die Stelle, in der eine Beteiligung der Staatsbeamten an diesem Volksbegehren als unvereinbar mit ihrer Beamtenpflicht bezeichnet wird. Der Berichterstatter erwähnt auch, daß die Aktinlegitimation der Klägerin nicht nachgewiesen sei.

Der Klagevertreter, Rechtsanwalt Seemann-Eggebert (Botsdam), begründet nun den Antrag durch eine einstweilige Verfügung der preussischen Regierung aufzuerlegen, den Beamten die Eintragung freizustellen. Der Redner erklärt sofort, daß er bei der Begründung dieses Antrags die Sache selbst nicht werde aus dem Spiel lassen können, worum der Präsident ersucht hätte, und er betont auch, daß die einstweilige Verfügung nur dann erlassen werden könne, wenn der Staatsgerichtshof der Antragsteller im wesentlichen recht gibt. Im übrigen bemüht sich der Klagevertreter nachzuweisen, daß das Recht, sich für ein Volksbegehren einzuschreiben, ebensowenig beeinträchtigt werden dürfe, wie das Wahlrecht. Besonders strengt er sich an, darzutun, daß

der Zuchthausparagraf belaise nicht etwa auf die jetzige oder eine frühere Reichsregierung gemünzt sei, sondern lediglich für die Zukunft.

nach Annahme des Hugenberg-Gesetzes, dem Zustand vorbeugen solle, daß ein Außenminister mit dem Ausland Verträge unterzeichne, die Deutschlands Schuld und Kosten anerkennen oder erhöhen, worauf dann die Ratifizierung dieser Verträge durch den Reichstag immer durch den Druck herbeigeführt worden sei, ihre Ablehnung würde große außenpolitische Schwierigkeiten nach sich ziehen. Dieses Verfahren entzieht dem Reichspräsidenten die ihm verfassungsmäßig zustehende völkerrechtliche Vertretung des Reiches. Das ganze deutsche Volk sehe heute nach Leipzig und erwarte die Anerkennung des Beamtenrechts.

Rechtsgerichtspräsident Dr. Bumke stellt gegenüber einer Aeußerung des Klagevertreters fest, daß Preußen gegen die Verhandlung nicht Widerspruch erhoben, sondern nur einen Wunsch geäußert habe.

Ministerialdirektor Dr. Badt

führt als Vertreter Preußens aus: Der Klagevertreter hat nur zur Sache gesprochen, nicht aber zur einstweiligen Verfügung. Voraussetzung für ihren Erfolg wäre, daß der Staatsgerichtshof einen Verstoß der Regierung gegen die Verfassung als vorliegend ansehe. Wenn der Klagevertreter dem Staatsgerichtshof die Festsetzung des Wortlauts der einstweiligen Verfügung überlassen will, so würde dadurch ein sehr bedenkliches Präjudiz für andere Fälle geschaffen. Es ist auch unrichtig, daß Preußen immer Unzuständigkeit des Staatsgerichtshofs eingewendet hätte, das hat es vielmehr nur getan, wo schwere staatsrechtliche Bedenken vorlagen, das eine Ueberzeichnung der Kompetenzen eintreten würde. Ueber das Beamtenrecht sagt die preussische Verfassung nur, daß seine zünftige Regelung im Rahmen des Reichsgesetzes erfolgen solle, was natürlich auch geschehen wird. Es liegt also

überhaupt kein Verfassungsstreit

vor. In einer früheren Entscheidung hat der Staatsgerichtshof auch ausgesprochen, daß er nicht wie ein Reichsoverwaltungsgericht jedem einzelnen Staatsbürger auf seinen Antrag Schutz gewähren könne; das liegt nicht in seinen Aufgaben. Da das Volksbegehren von einem Reichs-ausgang betrieben wird, ist die Klagelegitimation der preussischen deutschnationalen Landtagsfraktion zweifelhaft. Die Form der politischen Beteiligung der Beamten ist nicht durch die Grundrechte geschützt. Wenn Beamte radikal wählen, so erklären sie sich nicht mit allem einverstanden, was die betreffende Partei getan hat oder antreibt, sondern sie erwarten von ihr eine Besserung. Am Kopf jedes Eintragungsbogens muß aber der begehrte Gesetzesentwurf abgedruckt sein, so daß

durch die Unterschrift eine enge Verbindung mit diesem Gesetzesentwurf hergestellt

wird. Der beschimpfende Charakter des § 4 ist auch durch den Reichspräsidenten anerkannt, die Minister sehen in diesem § 4 eine schwere Beleidigung und es geht doch nicht an, daß jemand danach noch eine so schwere Beleidigung seines obersten Vorgesetzten sich durch Unterzeichnung zu eigen macht. Die Zuchthausbestrafung soll zweifellos nur zum Ausdruck bringen, daß die jetzige Reichsregierung wegen ihrer Außenpolitik wert sei, mit Zuchthaus bestraft zu werden. Das wird ausdrücklich in der „Nordwestdeutschen Ztg.“

anerkannt, einem Organ der Deutschen Volkspartei, die in der schärfsten Opposition gegen die preussische Regierung steht. — Dr. Badt schließt seine Ausführungen, die er wegen der vorgerückten Zeit auf das Knappste zusammenfaßt, mit dem Vorschlag, zum Zweck genügender Vorbereitung, die unmöglich war, weil die Klage erst Montag vormittag in den Besitz der Sachbearbeiter gekommen ist, eine Vertagung vorzunehmen,

falls nicht der Staatsgerichtshof sich ohne weiteres unzuständig erklärt.

Die preussische Regierung hat nicht, wie der Klagevertreter behauptete, die Nerven verloren, sondern ihr Vorgehen entspricht ihrer Meinung, daß sie dem dringenden Appell des Volkes habe folgen müssen, die Führung in der Abwehr gemisser Bestrebungen zu übernehmen.

Der Berichterstatter und danach auch der Präsident wünschen nun zu wissen, ob die preussische Staatsregierung auch schon die bloße Einzeichnung für das Volksbegehren ohne agitatorische Betätigung für unvereinbar mit der Beamtenpflicht halte.

Ministerialdirektor Brandt, Leiter der Personalabteilung im preussischen Staatsministerium erklärt darauf, diese Frage erst nach telephonischer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten verlässlich beantworten zu können.

Nach einer längeren Pause äußert sich

Ministerialdirektor Dr. Brandt:

Ein Beamter kann sich nur insoweit an einem Volksbegehren beteiligen, als er nicht die Rechte und Pflichten der Beamten verletzt. Der § 4 dieses Volksbegehrens ist aber kein sachlicher, sondern ein unsachlicher Angriff auf die Reichsverfassung und gegen die heutigen Regierungsmitglieder gerichtet. Er bedeutet nichts anderes als eine Brandmarke des jetzigen Reichstags und der Reichsminister als Landesvertreter. Der Einwand der Gegenpartei, daß der § 4 nicht auf die jetzigen Regierungsmitglieder anwendbar sei, ist vollkommen hinfällig. Man wußte bestimmt, daß man die heutigen Regierungsmitglieder trifft und man wollte sie auch treffen. Nur weil einige Unterzeichner des Volksbegehrens den Reichspräsidenten nicht mittreffen wollten, änderte man diesen § 4 ab. Wer sich also an diesem Volksbegehren beteiligt, der stellt die Regierungsmitglieder als Landesvertreter hin. Ein Beamter, der solches tut, verletzt die Ehrwürde und Achtung, die er der Regierung entgegenbringen muß. Die Verordnung des preussischen Innenministeriums enthält

nicht ein Verbot der Beteiligung am Volksbegehren, sondern lediglich eine Mahnung, daß die Beamten, die für ein derartiges Volksbegehren sind, ein Disziplinarverfahren zu erwarten haben oder über sich ergehen lassen müssen.

Ministerialrat Dr. Raifenberg

vom Rechtsministerium des Innern spricht über die verfassungsrechtliche Frage. In Fällen, wo der Staatsgerichtshof sich bisher mit einstweiligen Verfügungen befaßt habe, habe es sich nicht um verfassungsrechtliche Fragen gehandelt. Gewiß habe der Beamte die Wahlberechtigung, aber die Eintragung zum Volksbegehren sei keine Stimmenabgabe, sondern die Einbringung einer Vorlage an das Parlament und nicht mit einer geheimen Wahl zu vergleichen.

Rechtsanwalt Seemann-Eggebert stellte schließlich den Eventualantrag, der Staatsgerichtshof möge feststellen, daß sich die Beamten vorläufig zum Volksbegehren eintragen dürfen.

Weiterberatung Mittwoch 11 Uhr. Die Entscheidung ist nicht vor Mittwoch 14 Uhr zu erwarten.

Parlamentarier sollen es schaffen.

Die amerikanische Delegation für die Londoner Seekonferenz

Präsident Hoover hat von dem republikanischen Senator Reed-Brannpooanien und dem demokratischen Senator Robinson-Arkansas die Zusage erhalten, daß sie bereit seien, als Delegierte an der Londoner Marineabrüstungskonferenz teilzunehmen. Staatssekretär Stimson wird die amerikanische Delegation führen. Borel hat die Aufforderung, nach London zu gehen, nicht angenommen, aber nur aus verfassungsrechtlichen Gründen, weil er es für unzulässig hält, daß ein Senator sich durch Teilnahme an internationalen Verhandlungen bindet und damit seine Stellungnahme im Senat vorher festlegt.

Die amerikanische wie auch die englische Delegation war 1929 aus Diplomaten und Seeoffizieren zusammengesetzt. Sie konnte sich deshalb nicht einigen. Diesmal liegt die Führung der Engländer und Amerikaner in den Händen von Parlamentariern und Juristen. Damit sind die Chancen einer Einigung merklich gestiegen.

Konrad Kubra: Madame Popy

Als ich 1920 zum erstenmal nach Athen kam, zählte die Hauptstadt Griechenlands dreihunderttausend Einwohner. Nach dem griechisch-türkischen Kriege von 1922 kamen große Scharen von griechischen Flüchtlingen aus Kleinasien herüber. Hunderttausende landeten im Piräus und wurden dort und in den Vororten der Hauptstadt notdürftig untergebracht. In der folgenden Zeit wuchs die Bevölkerung so gewaltig, daß Athen heute, nach Abfluß der Flüchtlingsbewegung, etwa eine Million Einwohner zählt.

Ich kam zu Beginn des Jahres 1925 wieder und sah mit Erstaunen, daß die Stadt ihr Gesicht vollständig verändert hatte. Neue Stadtteile, Siedlungen und Straßenzüge waren wie Pilze aus dem Boden gewachsen. Der Verkehr auf den Straßen hatte sich verdoppelt und die Zahl der Bettler schien Legion geworden zu sein. In den Flüchtlingsbezirken herrschte fürchterlicher Wohnungsnot. Ein großer Teil der Vertriebenen hauste in elenden Bretterhuden und in Zelten auf der nackten Erde. Straßenweit gab es weder Wasserleitungen noch Bedürfnisanstalten. Arbeitslosigkeit, Hunger und Seuchen waren das Los dieser von verlassenen Militäristen an den Bettelstab gebrachten Bevölkerung.

Tagelang lief ich herum, ohne ein passendes Unterkommen zu finden. An den Hotels forderte man für das einfachste Zimmer einen unerschämten Preis, den ich auf die Dauer nicht bezahlen konnte. Schließlich lernte ich durch Zufall eine ältere Frau kennen. Sie vermittelte mir nach längerem Zureden ein kleines Zimmer für gutes Geld.

Madame Popy, so hieß meine Wirtin, war etwa 55 Jahre alt, von mittlerer Größe, mager und grauhaarig. Sie ging nach der Mode der Vorkriegszeit gekleidet. Wenn sie auch wenig Wert auf ihre äußere Erscheinung legte, so konnte man ihrem Wesen und ihren Manieren doch entnehmen, daß sie einstmal bessere Tage gesehen hatte. Sie sprach außer griechisch geläufig französisch und war auch in der englischen und russischen Sprache bewandert. Madame Popy hatte keine Kinder und anscheinend auch keine Verwandten — aber sie besaß fünf Hunde. Ich glaubte meinen Augen nicht zu trauen, doch es war Tatsache. Sie hatte einen Jagdhund, einen Dackel und außerdem drei andere Rassen, deren Rasse ich nicht definieren konnte. Madame war empört, als ich es wagte, diese struppigen Gefellen Bastarde zu nennen.

Den ganzen Tag war sie mit den Tieren beschäftigt; wenn sie aus dem Hause oder nur in den Hof ging, wenn sie auf das flache Dach stieg: die Hundekompanie folgte ihr auf den Fersen. Eines Tages war der Dackel, ihr Liebling, verschwunden. Da bekam sie einen solchen Anfall, daß ich an ihrem gesunden Verstande zweifeln mußte. Sie meinte, wütete gegen Gott und die Welt, rannte die Straßen auf und ab und alarmierte die Polizei. Alles vergebens, der Dackel kam nicht zurück. Lange Zeit fiel es ihr schwer, über den Verlust ihres kleinen Favoriten hinwegzukommen. Oft fand ich sie weinend bei ihren Hunden sitzen, die solchen Grad von Trauer um einen der Ihrigen offenbar nicht verstanden.

Einige Wochen vergingen. Im Hause der Frau Popy ereignete sich nichts Besonderes. Dann bemerkte ich eines Tages, daß meine Kleiderbürste verschwunden war; zwei Tage später vermiste ich einen Kamm, am nächsten Tage fehlte ein Stück Seife. Mein Verdacht richtete sich auf Madame Popy, weil sonst niemand mein Zimmer betreten haben konnte und ein Einbrecher sich nicht mit solchen Kleinigkeiten begnügt hätte. Ich stellte sie zur Rede — mit überraschendem Erfolg. Sie brachte sofort ganz unbefangenes alles, was ich vermist hatte, in mein Zimmer zurück und entschuldigte sich nicht einmal. Ich war weniger empört als erstaunt und fragte mich ernsthaft: Sollte die gute Hundemutter ihren Verstand verloren haben?

Bald erfuhr ich, daß ich nicht der einzige war, der sich diese Frage vorlegte. Um die Abendstunden pflegte ich ein kleines, in der Nähe gelegenes Kaffeehaus aufzusuchen, in dem man für billiges Geld Tee, Kaffee und Zigaretten bekam. Es war eines jener typisch orientalischen Lokale, die dem Athener Straßenbild das eigentümliche Gepräge verleihen. Bald hatte ich das Vertrauen des kleinen süßen Kellners erworben. Er hieß Stephan und suchte die paar Brocken Deutsch, die er verstand, bei jeder Gelegenheit anzubringen. Ich erzählte ihm, daß ich bei Madame Popy wohnte. „Madame Popy!“ rief er aus, „immer Hunde, nicht wahr? Alle Tage Hunde — Madame etwas verrückt.“ Ich versuchte von ihm etwas Näheres über meine Wirtin zu erfahren, doch er blieb mir eine befriedigende Erklärung schuldig. Nachdenklich machte ich mich an diesem Abend auf den Heimweg. Der Mond stand groß und prächtig über dem Himmel. In der Ferne, hinter den Säulen der Akropolis, schimmerte silbern ein schmaler Streifen der Bucht von Pholeron. Ich beobachtete die seltene Schönheit dieser nächtlichen Landschaft kaum. Meine Gedanken beschäftigten sich mit Madame Popy. Wie sollte ich mir diese ungewöhnliche Vorliebe für Hunde erklären? War sie eine Folge ihrer Geistesverwirrung? Welches Erlebnis machte ihren Verstand getrübt haben? Als ich an einer Kirche vorbeikam, wurde ich von meinen Betrachtungen abgelockt. Auf der Tarmortreppe, die zu den Stufen des Portals hinaufführte, sah ich eine Bettlerin sitzen. Sie hielt einen Säugling im Arm, hatte den Kopf an die Mauer gelehnt und schlief. Nebenher in Athen konnte man zur Nachtzeit auf den Treppen und in den Ritzen öffentlicher Gebäude ähnliche Gestalten hocken sehen. Es waren Flüchtlinge aus dem Piräus, die den mühseligen Weg zum Hofen hinunter schauten und es vorzogen, die Nacht im Zentrum der Stadt unter freiem Himmel zuzubringen.

Frau Popy hatte die Nachforschungen nach ihrem verloren gegangenen Dackel eingestellt. Ich war froh, daß sich die lästige Hundegesellschaft wenigstens um eines ihrer Mitglieder vermindert hatte. Um so größer war mein Erstaunen, als ich eines Morgens im Hausflur einen großen Käter erblickte, der noch nicht das Vergnügen gehabt hatte, meine Bekanntschaft zu machen und darum drohende Haltung annahm. Madame rief ihn zu sich und streichelte ihn liebevoll. Aufgebracht über diesen mehr als unerwünschten Familienzusatz rief ich: „Sie wollen dieses Monstrum von einem Hunde doch nicht im Hause behalten?“ „Sehen Sie nur, welche süßen Augen er hat!“ sagte sie, „ein Hund ist treuer und zuverlässiger als ein Mensch. Warum sollte ich ihn nicht behalten?“ „Werden Sie glücklich mit ihm!“ rief ich wütend. „Ich halte es auf jeden Fall in dieser Umgebung nicht länger aus. Man ist ja seines Lebens nicht mehr sicher.“ Ich kündigte auf der Stelle zum nächsten Termin. Madame nahm es gelassen hin, aber sie blieb von nun an wortlos und ging mir bei jeder Gelegenheit aus dem Wege. Offensichtlich fühlte sie sich sehr beleidigt.

Ich bemühte mich jetzt in der Nachbarschaft eine andere Wohnung aufzutreiben und erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß meine Wirtin

nicht Popy, sondern Pamlidis hieß. Popy war ihr abgekürzter Vorname, mit dem sie von allen näheren Bekannten angesprochen wurde. Zugleich mit dieser Neuigkeit hörte ich auch Einzelheiten aus ihrer Lebensgeschichte.

Frau Pamlidis, genannt Popy, kam wie ich richtig vermutet hatte, aus wohlhabender Familie. Auf Wunsch ihres Vaters, eines thessalischen Großgrundbesizers, heiratete sie in verhältnismäßig jungen Jahren einen Athener Fabrikanten. Dieser lebte bald über seine Verhältnisse und griff zum Revolver, als er sein ganzes Vermögen verpfändet hatte. Nach dem Tode ihres Gatten verließ Madame Popy die griechische Hauptstadt und zog aufs Land, zu ihrer Freundin nach Kephissia. Dort trat sie ein Unglück, das ihr späteres Leben in verhängnisvoller Weise beeinflusste. Auf einem Spaziergang am Abhang des Pentelion wurde sie von Straßenräubern überfallen, bis auf die Haut ausgeplündert und in eine trockene Zisterne geworfen. Zwei Tage und Nächte lang lag sie dort und rief vergeblich um Hilfe. Vor Hunger und Durst erschöpft gab sie sich bereits verloren, als sie endlich, am Morgen des dritten Tages, von einem im Felde herumstreifenden Hunde aufgespürt wurde. Das Tier wick nicht vom Rande der Zisterne. Es heulte und winselte so lange, bis ein paar Bauern aufmerksam wurden, herbeiliefen und die Frau aus ihrer schrecklichen Lage befreiten. Seit diesem Tage war sie geistesgestört.

Nachdem ich diese Geschichte gehört hatte, wurde mir das seltsame Wesen der Frau Popy klar. Jetzt verstand ich ihre krankhafte Vorliebe für Hunde und nahm keinen Anstoß mehr daran, daß sie sich tagaus tagen ausschließlich mit der Sorge um das Wohlergehen ihrer Vierfüßler befaßte.

Jeden Mittag pflegte Madame Popy mit einem Korb bewaffnet fortzugehen. Dann lagen die Hunde auf dem Balkon, einer neben dem andern, blickten mit größter Aufmerksamkeit die Straße hinauf und hinab und durchschmupperten die Luft. Ihr Geflüst wurde immer unerträglich, ihre Untzue wuchs von Minute zu Minute und erreichte den Höhepunkt, wenn Madame wieder auf der Bildfläche erschien. Sie brachte ihren Korb mit Knochen und Speiseresten gefüllt zurück, schüttelte den Inhalt im Hausflur aus und verteilte die Beute sorgsam unter die Hundegesellschaft, die sich zugleich mit hungrigem Gebell darüber hermachte. Diese Köstlichkeiten erhielt Madame regelmäßig in einer benachbarten Speisewirtschaft geschenkt. Nie werde ich den Auftritt vergessen, der sich ereignete, als Madame Popy eines Tages von dem üblichen Ausgang mit leerem Korbe zurück-

kehrte. Wie gewöhnlich war sie in das Restaurant gegangen, um das Futter für ihre Hunde abzuholen. Sie wurde diesmal abgewiesen, weil der Koch die Speisereise bereits einigen heißhungrigen Flüchtlingskindern gegeben hatte. Madame versuchte nun ihr Glück an anderer Stelle; aber überall wurden ihr die Abfälle mit dem Hinweis auf die Flüchtlinge verweigert. Darum mußte sie schließlich unerträglicher Dinge nach Hause zurückkehren. Heulend und kreischend kam sie angerannt. Die Hunde sprangen hungrig an ihr empor und wölfährten ein wahres Hüllkonzert. „Diese verdammten Flüchtlinge!“ schrie sie. „Wären sie doch von den Türken massakriert worden wären sie doch alle im Meer ertrunken oder vor Hunger krepiert!“ So wütend wie diesmal hatte ich sie noch nie gesehen. Sie gebrauchte die schlimmsten Flüche und gemeinsten Schimpfwörter, um ihren Haß gegen die Flüchtlinge zum Ausdruck zu bringen. Sie tobte so lange im Hause herum, bis sie vor Erschöpfung zusammenbrach.

Von diesem Tage an war Madame Popy nicht mehr zu genießen. Bald blieb ihr nichts anderes übrig, als das Futter für die Hunde zu kaufen, denn sie hatte bei den Speisewirtschaften kein Glück mehr und kehrte fast immer mit leerem Korbe nach Hause zurück. Da ihr wenig Geld bald verbraucht war, versuchte sie mich anzupumpen. Ich gab ihr nichts als den Rat, wenigstens die beiden schlimmsten Fresser, den Jagdhund und den monströsen Nachfolger des Dackels fortzujagen. „Unter keinen Umständen“, sagte sie, „sie bleiben alle bei mir, alle fünf. Ich werde schon sehen, wie ich mit ihnen durchkomme.“

Ich konnte nicht mehr lange beobachten, wie es ihr gelang, sich Hilfe zu verschaffen. Ich fürchtete auf jeden Fall eine Katastrophe, denn ihre Wutanfälle wurden immer häufiger und schrecklicher. Begerlicher Weise war ich froh, als der Tag meines Umzuges herankam.

Meine neue Wohnung lag im Bezirk des Theseustempels am entgegengesetzten Ende der Stadt. Erst viele Monate später, zu Beginn der Regenzeit, kam ich einmal in die Nähe meiner früheren Behausung. Ich besuchte das Kaffeehaus, in dem ich mich manchmal mit dem Kellner Stephan unterhalten hatte. Der kleine Kerl war immer noch da und erinnerte sich meiner sofort. Ich setzte mich an einen der minigen runden Tische. Stephan brüllte sein „ena vari aliko“ zum Schanzkiß hinüber. Dann brachte er mir „einen sehr süßen“ Kaffee. Er war übersüßlich, doch er seine deutschen Sprachkenntnisse wieder einmal an den Mann bringen konnte, und wir plauderten eine ganze Weile miteinander. Plötzlich fragte er mich:

„Sie schon wissen — Madame Popy?“
Ich zuckte die Achseln. „Oh! Madame Popy!“ rief er aus, „schon lange tot — ganz verrückt — sich selber aufgehängt.“ — „Und die Hunde?“ fragte ich ihn. „Alles verschwunden“, antwortete er, „vielleicht aufgefressen. Flüchtlinge viel Hunger haben — sehr viel Hunger.“

Erich Kuttner: Rechts gleich links?

Ein neuer Roman von Joseph Roth.

Joseph Roth, der mit klar-barten Augen das häßliche Gemimmel der Menschen durchschaut, ohne die Wehmut verhaltener Liebe zu verbergen, hat seinen Zeitromanen einen neuen angefügt. Fast könnte man nach der Ueberschrift glauben: einen politischen. „Rechts und links“, das gemahnt an Stendhals „Rot und Schwarz“, — und ist nicht das einzige, was bei Roth an Stendhal erinnert.

Wer aber eine Auseinandersetzung zwischen politischen und geistigen Strömungen gegenständlicher Art erwartet, sieht sich hinfers Licht geführt. Der Ton liegt nicht auf „rechts“, nicht auf „links“, sondern auf „und“. Es gibt kein rechts und links, sagt Joseph Roth, es gibt nur Menschen von gleichbleibenden Trieben und bestimmter Bewusstheit, die sich die Beziehungen von Parteien, Strömungen, Richtungen usw. gleich Eiseiten annehmen, wie ihre kleinen egoistischen Zwecke das gerade nützlich erscheinen lassen.

Keine der Figuren, die in Roths Roman aufstreten, repräsentiert etwa „rechts“ bzw. „links“, sie alle tragen rechts und links gleichermassen in sich. Damit dies möglich sei, führt uns Roth vor Ereignisse und Wandlungen, die nicht immer ganz glaubhaft erscheinen.

Da ist die Hauptfigur des Romans (wenigstens äußerlich gesehen), der Ältere der beiden Brüder Bernheim: flatter Junge aus reichem Hause, begeisterter Radfahrer von allem, was er für aristokratisch hält, oberflächlich und nach guter Existenz strebend. Aber mitten im Weltkrieg hat dieser Bernheim aus vorzeitigem Ehrgeiz — er durfte nicht zur Kavallerie — eine Periode als radikaler Pazifist zu durchlaufen, in der er Justizhaus und Landesverratsprozess riskiert. Später hat er das total vergessen und prunkt mit Kriegserlebnissen als Kavallerie-Leutnant.

Sein jüngerer Bruder, bereits Radkriegsgeneration, gerät trotz halb-jüdischer Abstammung in die Fußstapfen der DC-Leute, der Tschow und Lilliesen. Wegen Teilnahme an einer Attentatsgeschichte flüchtig, später amnestiert, findet er neue Erziehung als Redakteur bei einer demokratischen Zeitung. Seiner jüdischen Mutter wirft der halb-jüdische Hotentruer antisemitische Mobilitäten an den Kopf.

Diese jüdische Mutter aber ist in der Verbannungsperiode ihres Sohnes selber von Groß gegen die Juden erfüllt, die sie für das Unglück des Jungen verantwortlich macht.

Dann ist da ein Russe — oder vielmehr, da bei Joseph Roth alle Menschen etwas anderes sind, als sie scheinen — ein Mischling aus Polgodeutschen und Juden von mongolischem Typus, ein Bolschewist, dessen lebensstrebende Riesentüchtigkeit namentlich in der zweiten Romanhälfte die Brüder Bernheim fast beiseite schiebt. Dieser Brandels kann für eine Kreuzung zwischen Lenin und Parvus gelten. Seiner bolschewistischen Periode in Rußland folgt eine merkantile Epoche in Westeuropa: Brandels wirft sich zum Herrn eines Riesenkonzerns auf, den er nach mißlungenem Eheversuch mit einer russischen Kabarettistin wie einen Haufen Dres Regen läßt, um ein drittes Leben zu beginnen.

Wähnlich sind die Nebenfiguren gemischt: Die Ökonomie-Direktoren von der A. G. Farben finanzieren pazifistische Zeitschriften, und der pazifistische Professor aus Frankreich kuppelt mit den Rüstungslieferanten.

Die Frage ist, ob man das alles glaubt. Ja und nein. Es gibt Menschen, wie Joseph Roth sie zeichnet, es gibt sogar in der durch den Weltkrieg verzerrten gemordeten Generalität viele davon. Aber man glaubt sie nicht recht, weil die anderen fehlen. Die anderen, für die es ein rechts und links gibt, die

nicht nur aus Zweckmäßigkeit, sondern aus innerer Notwendigkeit für eine Idee kämpfen ihr Leben lang. Joseph Roth mag sich auf Stendhals berühmten Vergleich berufen vom Spiegel, der über eine schmutzige Landstraße gefahren wird und daher nur Pfützen spiegeln kann; — ist das Schuld des Spiegels? Gewiß nicht. Aber wir heutigen kennen auch die Trübsal verzerrender Spiegel...

In Roths Roman findet sich eine Szene, in der Roth die Anhängerinnen — jeder Partei — persifliert: Den Kurfürstendamm entlang zieht eine militärisch geordnete Demonstration mit Windfäden, Konsumstücken und Knotenstöcken. Roth sagt uns nicht, ob da Stahlhelmer, ob Reichsbanner, ob Rotfrontler marschieren. Indem er das Militärische des Aufzuges, die Schnauzbärte, die auf der Entwidlung zum Säbel begriffenen Säcke lächerlich wirken läßt, will er uns den Roth'schen Standpunkt suggerieren, daß die Art eines solchen Aufzuges das Wichtige, sein Ziel das Unwesentliche sei.

Ein andermal gibt Roth in ähnlicher Absicht einen Querschnitt durch den Brandelschen Konzern. Er schildert, was die 600 Angestellten, die 800 Beamten, die 7000 Arbeiter nach Triebband tun und treiben. Nichts als das. Aber darin liegt die blasierte Erkenntnis: es ändert sich nichts. Die Leute trinken Bier, gehen ins Kino, transmieren ihre Familie, treiben dies oder das, ganz unabhängig von allen großen Worten der Politik, ganz unbeeinflusst von den Parolen der Rechten und der Linken.

Wirklich? Wendet sich nichts? Wendet es sich nicht langsam? Vielleicht gar nicht einmal so langsam? Roths Steppis hat eine gute Eigenschaft: sie ist eine feste Keilfläche, an der sich der Widerspruch entzündet. Daß man ihr nicht zustimmt, mindert nicht ihren Wert.

Bitte kein Mißverständnis. Ich halte nichts, habe nie etwas gehalten von dem berühmten „Kommanden Protest“, in dem immer die Leute ausbrechen, die sich mit Recht getroffen fühlen. Phrasen, in stilles Entrüstung geunt, können Roths überlegenem Skeptizismus nur bekräftigen, nicht widerlegen. Der Protest gegen die Anschauung, daß es ein Rechts und Links nicht gibt, kann nur ein innerlicher sein: ein Protest durch Wirken, durch Leben, durch Tat.

Darf ich bemerken, daß Bücher, die ernste Menschen zu solchem Protest anspornen, mir sehr wertvoll und notwendig erscheinen?

Astronomische Zahlen. In einem soeben in England erschienenen Buche des Exfordor Universitätsprofessors Sir James Jeans „Das Weltall um uns“ gibt der Autor die neuesten wissenschaftlichen Zahlen über das Weltall an. Er bezieht das Alter des Universums auf 200 Trillionen Jahre, das Alter der Sterne auf 10 Trillionen, das Alter der Erde auf 2 Trillionen, des Lebens auf der Erde auf 300 Millionen, das Alter der Menschheit auf 200 000 Jahre. Die mögliche Zukunft der Menschheit schätzt Jeans auf immerhin 1 Trillion Jahre.

Chinesische Denkmäler. Denkmäler, wie wir sie unseren großen Männern errichten, sind bei den Chinesen unbekannt. Wollen sie einem Verstorbenen eine besondere Ehre erweisen, so errichten sie einen kleinen Gedenktempel, in dessen Mitte ein Stein steht, in den die Verdienste und Tugenden des Verstorbenen eingemeißelt werden.

Die Interpunktion, die Kleinen und Großen so manches Kopfschmerz verursacht, ist erst im 16. Jahrhundert von Buchdruckern benachlässigt eingeführt worden. Mancher Schölnunge wird dieser Buchdruckern kein freundliches Gebenten widmen.

Warum noch Rohrlegerstreik?

Die KPD. braucht Geld zum Ständemachen.

„Der Kommunismus verhindert das Uebermächtigwerden der Sozialdemokratie.“ („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 469.)

Die gewissenlosen Drahtzieher des milden Rohrlegerstreiks hielten es gestern für angezeigt, die streikenden Rohrleger auf die Straße zu schicken und sie vor den Baustellen im Norden Berlins krawallieren zu lassen. Schmährufe auf den Deutschen Metallarbeiterverband und die Polizei wechselten mit Hochrufen auf die Sowjetunion (!), aber weder das eine noch das andere machte auf die Bauarbeiter irgendwelchen Eindruck. Daß es nicht zu „entschiedenen und rücksichtslosen Maßnahmen“ kam, wie sie die Prosofateure vom Karl-Liebknecht-Haus brauchen, war dem starken Schupoaufgebot zu verdanken, das den Zug begleitete.

Die Demonstration hat übrigens gezeigt, daß von den Niederkirchener Phantasten über die Zahl der Streikenden in Wirklichkeit nicht viel übrig geblieben ist. Es waren nicht Tausende, die gestern durch die Straßen zogen, sondern genau 580 Personen. Eine tägliche Fiffer, wenn man bedenkt, daß alles zusammengetrammelt wurde und man die vielen Frauen und Kinder mitzählt, die man nicht scheute, ebenfalls „demonstrieren“ zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß ein erheblicher Teil der Demonstranten sicher gar keine Rohrleger waren, wie es ja von den „überfüllten“ Streikversammlungen her bekannt ist.

Jedenfalls läßt dieses übriggebliebene Häuflein der Innenwegen das Verbrechen der KPD., den verlorenen Rohrlegerstreik immer noch „weiterzutreiben“, nur in einem um so krasserem Lichte erscheinen.

Die KPD. hatte in einem verlogenen schamlosigen Aufruf die Bauarbeiter zu Montag zu einem Generalstreik aufgerufen. Aber die Bauarbeiter haben den Aufruf nicht. Sie sind in den Streik geheißen worden von denselben Kommunisten, die nachher diese Streiks schamlos abwürfen und sich den Teufel um die Bauarbeiter kümmerten, die als Opfer auf der Strecke blieben. Genau so wird es beim Rohrlegerstreik sein.

Der Rohrlegerstreik ist erledigt. Nicht seit gestern und nicht seit einer Woche. Er war von vornherein ein totgeborenes Kind. Weil es aber von Moskau befohlen war, wurde versucht, „auf bolschewistische Art“ den Streik zu führen. Aber deutsche organisierte Arbeiter lassen sich nicht auf bolschewistische Art terrorisieren. Auch wenn die Rotfrontkämpfer in Zeit dabei hilflose Dienste leisten. Unorganisierte, auch mit Knüppeln versehen, haben — in Deutschland wenigstens — noch niemals organisierten Arbeitern imponiert. Kommtum ist das Gegenteil von revolutionärem Kampfsgeist. Für so etwas hat der organisierte Arbeiter eine feine Bitterung.

Wenn die Vorzen der KPD. nur einen Funken Berant-

wortungsgefühl hätten, würden sie den Streik abgeblasen haben, solange ein geordneter Rückzug möglich war. Aber diese Handlanger Moskaus haben nicht das geringste Gefühl für die Arbeiter, mit denen sie spielen. Die Rohrleger sind für sie Schachbrettfiguren, sonst nichts.

So sehr auch die Zahl der Streikenden schon zusammengeschmolzen ist, irgendwie müssen die armen Teufel doch über Wasser gehalten werden, selbst wenn man dabei auf die Restbestände der Sklarek zurückgreifen müßte. Und das ist der KPD. sehr unangenehm. Sie verbraucht viel Geld, auch in gemächlichen Zeiten. Jetzt aber soll sie die Gewerkschaften sprengen und eigene Gewerkschaften aufziehen. Das kostet eine Stange Geld. Und außerdem hat sie die Stadtoverordnetenwahlen zu machen. Wie macht sie das?

Mit den Taten der kommunistischen Stadtoverordneten und Stadträte kann sie gemäß nicht prahlen. Kadaw ist keine produktive Tätigkeit, und die Babel und Deguer sind keine Klänge für die KPD. Man versucht also mit Ständemacherei die Wähler zu beneheln. Aber auch das kostet Geld.

Da ist so ein kleiner Streik, den man entsprechend aufpuffet, das richtige Sammelmotiv. Es wird also gefammelt. Angeblich für die Rohrleger. Die Rohrleger, die heute noch hinter der Sommerfahne herlaufen, sind nicht sehr zahlreich. Ohne Rechenkünste zu sein, können sie einmal den umfangreichen Sammelapparat vergleichen mit ihren sehr bescheidenen Unterstufungen.

Die kommunistische Presse weiß Wunderdinge zu berichten von dem Sommerfest der Berliner Arbeiter. Wenn nur der zehnte Teil der Berliner Arbeiter — die doch angeblich in der großen Mehrheit hinter der KPD. herlaufen — der kommunistischen Parole folgt, wean 100.000 Arbeiter und Arbeiterinnen wöchentlich den Lohn einer Arbeitsstunde abliefern, den wir niedrig im Durchschnitt mit 80 R. bemessen, so ergibt das wöchentlich 80000 R.

Nehmen wir an, es streiken noch 800 Rohrleger. (Es sind weniger.) Es müßte also jeder Streikende wöchentlich 100 R. Streikunterstützung bekommen — wenn das gefammelte Geld wirklich den Rohrlegern zugute käme. Mit 100 R. Unterstützung könnten die Rohrleger zwar nicht so gut leben, wie die gewissenlosen Burtschen, die sie in den Streik geheißen haben. Aber sie könnten es aushalten. Tatsächlich bekommen die Rohrleger nur einen Bruchteil der Summe, die sie bekommen müßten.

Die KPD. braucht Geld. Deshalb braucht sie den Streik der Rohrleger. Wenn mit den Rohrlegern keine Einnahme mehr zu erzielen sein wird, werden die Rohrleger den üblichen Fortschritt von der KPD. bekommen.

Erster Konflikt im Speditionsgewerbe. Die Angestellten zum Kampf entschlossen.

Die Berliner Speditionsangestellten stehen wieder einmal vor ersten Auseinandersetzungen mit ihren Unternehmern.

Wie von uns am Sonntag bereits mitgeteilt wurde, sind die Verhandlungen mit den Speditoren über eine zehnprozentige Gehaltserhöhung gescheitert. Bei der sozialreaktionären Einstellung der Berliner Speditoren ist der negative Ausgang dieser Gehaltsverhandlungen nicht sehr verwunderlich. Ob die Geschäfte der Berliner Speditoren gut gegangen sind oder nicht, immer haben sie in den Verhandlungen Klageklagen in allen Tonarten gefungen und den huldigen Ruin des Berliner Speditionsgewerbes prophezeit. Im Frühjahr vorigen Jahres ließen es die Speditoren erst zum Streik ihrer Angestellten kommen, ehe sie sich zur Erhöhung der Gehälter bequamen.

Der Verlauf der Gehaltsverhandlungen in der vorigen Woche läßt die Vermutung zu, daß es die Speditoren wieder einmal zum ersten Konflikt mit ihren Angestellten treiben wollen. Daß die Angestellten jetzt entschlossen sind, wenn es nicht anders geht wieder durch die Arbeitseinstellung die Durchsetzung ihrer Gehaltsforderungen zu erzwingen, bewies die zu gestern abend noch dem „Palais des Nations“ vom Zentralverband der Angestellten einberufene Versammlung, die einen außerordentlich starken Besuch aufwies.

Genosse Lache vom ZDA., der das „Ergebnis“ der Gehaltsverhandlungen bekanntgab, teilte den Versammelten mit, daß auf Beschluß der Tarifkommission zunächst noch der Schlichtungsausschuss zur Vermittlung angerufen worden ist. In der Diskussion wurde dieser Beschluß einstimmig gebilligt, aber auch ebenso einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die Speditionsangestellten entschlossen sind, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln ihre Unternehmern zum Nachgeben zu zwingen. Von dem Ausgang der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss wird es nunmehr abhängen, ob der offene Konflikt im Berliner Speditionsgewerbe noch vermieden werden kann.

Mißstände im Gastwirtsgerberbe. Verschleppung der Tarifverhandlungen.

Nicht in keinem Gewerbe werden kaufmännische Angestellte herartig unterbezahlt wie im Hotel- und Gastwirtsgerberbe, den Cafés, Konditoreien und verwandten Betrieben. Viele Angestellte kennen nicht einmal ihre tarifmäßigen Ansprüche. Es muß daher jedem Angestellten geraten werden, seine Gehaltsbezüge unverzüglich von der Berufsorganisation nachprüfen zu lassen. Ein besonders „geschickter“ Unternehmer hatte seinen Angestellten erklärt, sie würden über Tarif bezahlt. Die Angestellten glaubten

es auch, bis eine Nachprüfung des Zentralverbandes der Angestellten ergab, daß diese Angestellten um monatlich 50 bis 80 R. unter Tarif bezahlt, also um 600 bis 960 Mark jährlich benachteiligt waren.

Ueber die Forderung des Zentralverbandes der Angestellten, die Tarifgehälter um 10 Proz. zu erhöhen, wurde am 17. Oktober verhandelt. Die Unternehmer verlangten zunächst Zugeständnisse zur Herabsetzung des ungezügigten Mantelarisipertages.

Die Gruppierung der Angestellten sei nicht mehr zeitgemäß und müsse geändert werden, da eine genaue Fassung der Tätigkeitsmerkmale notwendig sei. Es handelt sich um eine Verschlechterung dieser Angestellten, insbesondere im Kassendienst, der Lohnbuchhaltung, Personalkontrolle, Rechnungskontrolle und bei den Geschäftsführern. Man will auch geordnete Verhältnisse bei den Warenverkaufsergebnissen, den kaufmännischen Angestellten in den Konditoreien usw. schaffen. Die Vorschläge dazu bewiesen jedoch das Gegenteil.

Der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten protestierte gegen die geplanten Verschlechterungen. Ueber Herabsetzungen des ungezügigten Mantelabkommens könne nicht verhandelt werden. Erst müsse über die Gehaltsforderung Klarheit geschaffen werden. Wenn dann noch über eine Ergänzung des Manteltarifs gesprochen werden soll, so müßten unter allen Umständen auch die zahlreich vorliegenden Verbesserungswünsche der Angestellten berücksichtigt werden.

Die Angestellten im Hotel- und Gastwirtsgerberbe werden nun zu der Situation Stellung nehmen in einer allgemeinen Versammlung der kaufmännischen und technischen Angestellten im Hotel- und Gastwirtsgerberbe am Donnerstag, dem 24. Oktober, 20 Uhr, in Havertlands Festsaal, Neue Friedrich-Edle Hofstraße. Die Versammlungseinladung muß schon jetzt bekanntgemacht und in den Betrieben in Umlauf gesetzt werden. Gäste sind willkommen.

Die Baugewerkschaft marschiert!

Trotz aller Quertreibereien der KPD.

Die Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerksbundes hat, wie ihr Vorsitzender, Genosse Drügemüller, am Montag in der Generalversammlung berichtete, in diesem Jahre einen außerordentlich starken Aufschwung genommen. Seit Beginn dieses Jahres ist die Mitgliederzahl von etwa 25.000 auf rund 30.000 gestiegen.

Einen so hohen Mitgliederbestand hat die Baugewerkschaft Berlin noch niemals seit ihrem Bestehen gehabt. Durch den Zutritt an die Berliner Bauarbeiter zur organisatorischen Einigung sind allein 423 Uebertritte aus anderen Verbänden erfolgt. Dieser Fortschritt zeigt, wie deutlich die Berliner Bauarbeiter die KPD. erkannt hat.

daß wirklich praktische Arbeit nur vom Baugewerksbund geleistet werden kann.

Der agitatorische Erfolg ist um so höher zu bewerten, als von den Splittlerorganisationen gerade in diesem Jahre ein rücksichtsloser Kampf gegen den Baugewerksbund geführt worden ist. Der gegenwärtige Aufstieg nicht nur des Baugewerksbundes, sondern auch der aller übrigen freien Gewerkschaften läßt die KPD. wie schon 1922/23 nicht ruhen, die Gewerkschaften aufs schärfste zu bekämpfen. Der neue Anschlag, den die KPD. in diesem Jahre gegen die Gewerkschaften unternommen hat, dürfte in absehbarer Zeit vollkommen abgewiesen sein.

Genosse Drügemüller zeigte an verschiedenen Beispielen, so u. a. an dem milden Rohrlegerstreik und den Teilstreiks auf den Baustellen, wie die KPD. den Kampf gegen die Gewerkschaften führt. Welche Helden sich berufen fühlen, der organisierten Arbeiterkraft ihren Weg vorzuschreiben, erläuterte er an verschiedenen Beispielen. So wurde z. B. am 15. September 1928 ein gewisser Georg Rood in den Baugewerksbund aufgenommen, der aber nach der Entrichtung eines Beitrages nichts mehr von sich hören ließ. Jetzt taucht dieser Mann, der nebenbei als zweiter Vorsitzender des kommunistischen Jugendverbandes Berlin-Brandenburg figuriert, als „Bauarbeiter“ auf der Kandidatenliste zur kommunistischen Stadtoverordnetenfraktion auf.

Gerade die letzten Kämpfe auf verschiedenen Berliner Baustellen beweisen, daß die KPD. nicht imstande ist, einen von ihr inszenierten Kampf mit Anstand, viel weniger jedoch mit Erfolg zu beenden.

Anfangs der Stellungnahme der kommunistischen Partei gegen die freien Gewerkschaften kam es für den Baugewerksbund gar nichts anderes geben, als auch diesmal wieder seine Mitglieder aufzufordern, bei den Wahlen am 17. November für die Sozialdemokratische Partei zu stimmen.

Der Baugewerksbund kann von sich jedenfalls behaupten, daß er seinen Mitgliedern das gehalten hat, was er ihnen versprochen hat. Die freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter müssen weiterhin alles daran setzen, daß die Widerstände, die die kommunistische Partei dem freien Gewerkschaften entgegensetzt, überwunden werden.

Die Ausführungen des Genossen Drügemüller, denen die „Opposition“ in der Diskussion nur ein hilfloses Gestammel gegenüberstellte, fanden fast die einstimmige Zustimmung der Generalversammlungsdelegierten.

Beschiedener Schiedspruch für Forstarbeiter. Preussische Forstverwaltung findet ihn unmäßig.

Für die preussischen Staatsforstarbeiter ist im Tarifstreit zwischen der preussischen Staatsforstverwaltung und dem Deutschen Landarbeiterverband sowie dem Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer durch einen Sonderrichter, der auf Antrag des Deutschen Landarbeiterverbandes vom Reichsarbeitsminister ernannt worden war, dieser Tage ein Schiedspruch gefällt worden. Der Spruch sieht folgende Neuregelung vor: Der Lohn des vollarbeitsfähigen Arbeiters über 21 Jahre in Lohngruppe I beträgt ab November 63 Pf. Die übrigen Löhne erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Bei Akkordarbeiten beträgt der zugrunde zu legende Stundenlohn in Lohngruppe I 58, in II 57, III 56 und IV 55 Pf. Gegenüber dem augenblicklichen Lohnsatz bedeutet ein Stundenlohn von 63 Pf. eine Erhöhung um 3 Pf. Der Deutsche Landarbeiterverband hat Verbindlichkeitsverpflichtung des Spruchs beantragt. Die Staatsforstverwaltung hat den Schiedspruch abgelehnt.

Die preussischen Staatsforstarbeiter gehören keineswegs zu den bestbezahlten Forstarbeitern, sie stehen zurzeit mit ihrem Lohnsatz an zweiter Stelle unter den Forstarbeitern der einzelnen Freistaaten. Wenn die Staatsforstverwaltung den wirklich möglichen Schiedspruch ablehnt, so wäre es wohl am Platze, daß das Staatsministerium nach dem rechten sieht.

Oskar Rothstein, SPD-Fraktionsabteilung Kreis Wittmo,
16½ Uhr, im Lokal „Lokal“, Bernauerstr. 2, Sonntag, 19. Oktober, 19 Uhr, im Lokal „Lokal“, Bernauerstr. 2, Sonntag, 19. Oktober, 19 Uhr, im Lokal „Lokal“, Bernauerstr. 2, Sonntag, 19. Oktober, 19 Uhr.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.
Zentrum: Jochenheim, Lehndorfer Str. 24-26, Sonntag, 19. Oktober, 19 Uhr, im Lokal „Lokal“, Bernauerstr. 2, Sonntag, 19. Oktober, 19 Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten
Heute, Sonntag, 19. Oktober, 19 Uhr, im Lokal „Lokal“, Bernauerstr. 2, Sonntag, 19. Oktober, 19 Uhr.



Kochen Sie MAGGI'S Suppen:

Sie sparen Mühe, Zeit und Geld.
Und die Hauptsache: Jeder ist sie mit Begehen.

Viele Sorten wie: Erbs, Reis m. Tomaten, Blumenkohl, Rumpford, Spargel, Eier-Nudeln usw.

Versteckte Gewinne.

Die Abschreibungspolitik der deutschen Bauunternehmungen.

In einem früheren Aufsatz wurde dargelegt, daß die sichtbare Reservebildung unendlich die Fortschritte in der wirklichen Kapitalansammlung der Unternehmungen wiedergeben kann. Heute wollen wir uns mit einem ähnlich dunklen Kapitel, den Abschreibungen, befassen. Bormweggenommen sei, daß zwischen ihnen und den offenen Reserven insofern engste Beziehungen bestehen, als das, was an Gewinnüberschuß zur Verfügung steht, aber weder zur Gewinnausschüttung, noch für die offenen Reserven verwendet wird, mit Barliehe den Abschreibungen zugeschlagen wird; so werden die Abschreibungen zu dem bevorzugten, wenn auch nicht einzigen

Abflutkanal für verheimlichte Gewinne.

Die Abschreibungspolitik kann auf verschiedene Weise unübersichtlich gemacht werden. Einmal kann der Kreis der Gegenstände, auf die Abschreibungen wohl vorgenommen, aber nicht ausgeschüttet werden, eng gezogen werden. Sodann kann man die Anschaffungen, den besten Maßstab für die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Abschreibungshöhe, verschweigen. Schließlich kann man das Schema der Abschreibungen von Zeit zu Zeit ändern und damit jede Kritik von vornherein sehr erschweren. Die Bauunternehmungen gebrauchen alle drei Mittel, häufig sogar, um vor Kritik ganz sicher zu sein, gleichzeitig.

Die noch am wenigsten verbreitete Unsitte ist die Änderung der Abschreibungsart. Fälle von Bedeutung haben sich nur bei zwei Firmen ereignet. Gebr. Goedhardt wies 1925 die Abschreibungen als Sammelposten aus; in den nächsten beiden Jahren wurden die Abschreibungen nach den einzelnen Anlagen aufgeschlüsselt, was eine Verbesserung bedeutete. Im letzten Jahr korrigierte man sich, indem man nur die Abschreibungen auf Maschinen kenntlich machte und die übrigen im voraus verrechnete, wohl in der Meinung, man habe in den Vorjahren des Guten zuviel getan. Selbstverständlich geschah die Veränderung nicht ohne Grund, und man dürfte kaum fehlgehen, ihn in der Dividendenstellung zu suchen. 1925 war mit einem Verlustvortrag aus dem Vorjahr belastet, der bis auf eine Mark — man beachte, welchen Ansehens Genauigkeit man sich gibt! — geriet; kein Wunder, daß man bemüht war, einen so offensivdigen Irrsinn auch hinsichtlich der Abschreibungen dunkel zu lassen. 1926 wurde die Dividendenzahlung mit 5 Proz. wieder aufgenommen, 1927 konnte sie bereits verdoppelt und 1928 sogar auf 15 Proz. gesteigert werden. Mit dem Augenblick, da man wieder mit Gewinn arbeitete, hatte man ein Interesse, die Lage der Gesellschaft in günstigem Licht erscheinen zu lassen und Zweifel an der Bemessung der Abschreibungen zu beheben — allerdings nur solange die Lage nicht zu günstig wurde. Dieser Fall trat 1928 ein; da fühlte man sich genötigt, den Gewinn durch unkontrollierbare Abschreibungen auf Materialien usw. zunächst zu beschränken. Wie glänzend in diesem Jahre gearbeitet wurde, zeigte sich darin, daß man es sich leisten konnte, nicht weniger als 796 000 M., d. h. mehr als das Dreifache der ausgewiesenen Abschreibungen, für Anschaffungen auf Maschinen auszugeben! Das ist

eine Beweglichkeit im Gewinne verbergen, die ihresgleichen sucht.

Selbst die A. G. für Bauausführungen kommt da nicht mit. Dieses Unternehmen beanagt sich, keine Abschreibungspolitik mehrmals dadurch zu verschleiern, daß es die Abschreibungen der Filialen intern verrechnet und nur noch die der Zentrale nennt. Eingeführt wurde dieses Verfahren vor zwei Jahren.

Die beliebteste Verschönerungspolitik ist, nur einen Teil der Abschreibungen auszuweisen. Die Firmen, die sich ihrer anscheinend nicht bedienen, sind zu zählen. Mit Lenz u. Co., Boswau u. Knauer sowie Verche u. Rippert ist ihr Kreis erschöpft. Alle übrigen verschweigen allerwenigstens die Abschreibungen auf Rüstzeug oder Borräte. Diese Unterlassung ist allein schon geeignet, das Bilanzbild zu trüben, denn das Rüstzeugkonto ist stets sehr beachtlich und verlangt an sich eine hohe Abschreibung; 50 000 oder 100 000 M. hier verschwinden zu lassen, ist eine Kleinigkeit.

Den Vogel schießt aber die Berlinische Bodengeellschaft ab. Sie bekommt es fertig, an Abschreibungen nur auszuweisen, was sie am Wert der „Robilien“ (vermutlich das Bureauinventar) ablegt. Praktisch ist das natürlich gleich null, denn dieses Konto, zweimal das kleinste und zweimal das zweitkleinste in der Bilanz, stand seit 1925 bei einer Bilanzsumme von mehr als 10 Millionen Mark maximal mit etwas über 50 000 M. zu Buch und kann, selbst wenn es ganz abgeschrieben wird (1928), auf die Erfolgsrechnung nicht einfließen, da es sich um einen umfangreicheren mit geringerem Abschreibungsbedarf. Dann dieser Taktik betrug das Verhältnis zwischen offen ausgewiesenen Abschreibungen und ausgeschüttetem Reingewinn fast, wie üblich, zwischen 1:2 und 2:1 im Jahre 1928 nicht weniger als 1:7, 1925 sogar 1:300! Hier wird also die Abschreibung zur Farce.

Nicht ganz so schlimm, aber immer noch reichlich bedenklich, muten die Spannen bei Julius Berger und Allgemeinem Häuserbau mit 1:4 an. Die Fälle sind um so interessanter, als beide Firmen ihre Bilanzen durch eingehende Gliederung und Namhaftmachung der Anschaffungen den Anstrich besonderer Vertrauenswürdigkeit zu geben bestrebt sind. Diesem Bestreben gegenüber verhält man sich zweckmäßigerweise reserviert. Fraglos sind die Bilanzen beider Firmen „gut“ und insofern auch vertrauenswürdig. Aber ebenso fraglos sind sie nicht richtig. Sollte es wirklich mit rechten Dingen zugegangen sein, wenn die Allgemeine Häuserbau, ein Unternehmen, das in der Rationalisierung bahnbrechend ist, noch 1927 Baummaschinen und Geräte im Ausmaß von nur wenigen tausend Mark besaß? Und was sollten das für Maschinen und Geräte sein, die im Jahre des Ankaufs gleich reiflos abgeschrieben werden? Andererseits: wie erklärt es sich, daß dieses Konto 1928 plötzlich das Fehlsache des Standes erreicht, den es 1927 vor Verbuchung der Abschreibung hatte, womit es übrigens immer noch überaus bescheiden anmutet, und ebenso plötzlich nicht mehr um 100, sondern nur noch um 90 Proz. abgeschrieben wird?

Rästel über Rästel.

die da aufgegeben werden. Weniger mysteriös liegen die Verhältnisse bei Julius Berger. Hier zeigt die Politik der Bruttogewinnverteilung eine einheitliche Linie. Der Wert des wichtigsten abschreibungsfähigen Kontos (Maschinen) wird konsequent heruntergesetzt — und dies bei dauernden Kapitalerhöhungen! —, das Verhältnis zwischen Ausschüttung und Abschreibung aber ebenso konstant erhöht, so daß Berger in dieser Beziehung, wenn man von der Berlinischen Bodengesellschaft, die wegen offensivdiger Verheimlichung des weitaus größten Teils ihrer Abschreibungen hier ausscheiden muß, absieht, an der Spitze aller Unternehmungen marschiert — diejenigen, die Abschreibungen auch auf Rüstzeug ausweisen, einbezogen. Verfolgt man die Bilanzen von Berger durch einen längeren Zeitraum und stellt man sie denen der anderen

Großunternehmen gegenüber, so fragt man sich vergeblich, warum Berger überhaupt Kapitalerhöhungen vorgenommen hat, es sei denn, man gibt sich mit der Antwort zufrieden, daß sie nötig waren, um die Dividende nicht auf unentzerrliche Höhe klammern zu lassen.

Eigentlich haben es die Geschäftsleitungen nicht einmal nötig, die Abschreibungen mit Geheimnissen zu umgeben. Solange sie nicht angeben, welche Veränderungen durch An- und Verkäufe auf den wichtigsten Abschreibungskonten eingetreten sind, läßt selbst die ungeschminkteste Betonung der Abschreibungen der Öffentlichkeit nichts. Abschreibungen und Anschaffungen sind ja nur verschiedene Seiten eines Vorgangs, der Substanzerhaltung; die Abschreibung ist das Entgelt für Wertminderung und Verschleiß, die Anschaffung ihre Veranschaulichung zur Wiederherstellung des Kontenwerts. Von den Fällen abgesehen, in denen die Bestandskonten auch durch Mittel, die aus Kapitalerhöhungen stammen, gespeist werden, müssen sich Anschaffungen und Abschreibungen auf die Dauer ausgleichen. Kein Wunder also, daß eine so gute Kontrollgröße wie die Anschaffung bei der Mehrzahl der Bauunternehmungen nicht genannt wird; nur sieben Firmen weisen sie aus, und nur vier davon sind für Vergleichszwecke verwendbar. Führt man diesen Vergleich für das Maschinenkonto durch, so ergibt sich auf den ersten Blick ein interessanter Gegensatz. Zwei Firmen haben in den letzten vier Jahren mehr abgeschrieben als angeschafft, Habermann und Gutes-Viebold viermal mehr (!), Julius Berger ein Drittel mehr. Die Spalte bei Berger ist zu gering-

Das neue Ruhrgebiet.

Auch Neugliederung der Handelskammern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Handelsminister durch Erlass vom 19. Oktober 1929 auf Grund des § 2 des Handelskammergesetzes fünf Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriegebiets aufgehoben und zehn Handelskammern dieses Gebiets zu drei Zweckverbänden zusammengeschlossen.

Aufgelöst ist die Kammer Neuf; sie ist mit der Kammer M. Gladbach vereinigt, doch soll bei den neuen wirtschaftlichen Beziehungen, die die Handelskammer Neuf und die Stadt Neuf zu dem benachbarten Düsseldorf hat, von den Kammern Düsseldorf und M. Gladbach in Neuf eine gemeinsame Dreistelle errichtet werden.

Die erweiterte Kammer M. Gladbach ist mit den Kammern Krefeld und Duisburg zu einem Niederrheinischen Zweckverband vereinigt, dessen Führung in der Hand der Kammer Duisburg liegt.

Die Kammern Remscheid und Barmen-Überfeld haben ihre Vereinigung mit dem Sitz in Barmen-Überfeld beschlossen. Die neue Kammer wird den Namen „Industrie- und Handelskammer für das Buppertal und Remscheid“ führen. Zugleich ist auch im bergischen Land der Zusammenschluß dieser Kammer mit der Kammer Solingen und Düsseldorf zu einem Zweckverband erfolgt, dessen Vorsitz Geheimrat Duisberg (Solingen) und dessen Geschäftsführung der Kammer Düsseldorf übertragen werden soll.

Ein dritter Zweckverband ist schließlich unter den Ruhrkammern Essen, Bochum, Dortmund unter Einschluss von Münster gebildet worden. Hier sollen der Vorsitz und die Geschäftsführung vorläufig unter den Kammern wechseln. Der Verband mit einer Bevölkerung von vier Millionen wird der größte der bisher gebildeten Kammerzweckverbände sein.

Schließlich sind die vier Handelskammern Hagen, Iserlohn, Mena und Lüdenscheid zu einer Einheitskammer mit dem Sitz in Hagen zusammengelegt worden. Dabei ist der bisher zur Kammer Mena gehörende Kreis Dipe der Sommer Siegen zugeleitet worden.

Mit dieser Neuorganisation ist eine Rationalisierung in unserm wichtigsten Wirtschaftsgebiet zum Abschluss gebracht, deren Anfänge bis auf das Jahr 1897 zurückgehen. Mehrfach war seitens des preussischen Handelsministeriums versucht worden, die Kammern an Rhein und Ruhr zu einer freiwilligen Zusammenfassung ihrer Kräfte zu veranlassen. Es kam jedoch weder zur Befestigung der kleinen Kammern durch freiwilligen Zusammenschluß mit ihren Nachbarammern, noch zur Bildung von Zweckverbänden. Der Handelsminister benutzte deshalb die durch die Umgemeinerungsvorlage im rheinisch-westfälischen Gebiet geschaffene Neuordnung als Anlaß, um auch auf dem Handelskammergebiet die mühsam erworbene Rationalisierung endlich durchzuführen.

Hartmanns Sanierungsbilanz.

Ueberschuß von 834 000 Mark.

Die jahrelange Verlustwirtschaft bei dem größten sächsischen Maschinenunternehmen, der Richard Hartmann A. G. in Chemnitz, hatte die Gesellschaft Anfang des Jahres zu einer scharfen Sanierungsaktion gezwungen. Fünf Sechstel des 18-Millionen-Kapitals gingen durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis 6:1 verloren.

Dieser scharfe Schnitt hat sich infolge der auf über 7 Millionen angewachsenen Verluste, sowie wegen dringender Sonderabschreibungen auf Anlagen infolge von teilweiser Stilllegung als notwendig erwiesen. Zugleich wurde zur Beschaffung neuer Geldmittel das Kapital von 3 auf 11 Millionen Mark heraufgehoben.

Die jetzt veröffentlichte Bilanz für 1928/29 spiegelt diese Gesundungsaktion wider. Der durch den Kapitalschnitt erzielte Buchungsgewinn von 15,1 Millionen Mark wurde zur Bedeckung der Verluste in Höhe von 7,2 Millionen Mark, sowie zu Sonderabschreibungen auf die Anlagen und zu Rückstellungen verwendet. Im Berichtsjahr wurde ein Betriebsüberschuß von insgesamt 834 000 M. erzielt, der gleichfalls zu Abschreibungen, sowie zur Auffüllung der gesetzlichen Reserven verwendet wurde.

Hand in Hand mit der finanziellen Reinigung ging bei Hartmann eine durchgreifende Umstellung der Betriebe. So wurde die Hauptverlustquelle durch Abgabe des Lokomotivbaues an Schwarztopf-Berlin verstopft, und auch der gleichfalls unrentable Werkzeugmaschinenbau eingestellt. Die Dreherei und Freileiter Betriebe wurden stillgelegt, und die ganze Produktion in Chemnitz konzentriert. Hartmanns Stärke liegt jetzt fast ausschließlich im Lagemaßchinenbau, speziell in der Fabrikation von Spinnerei- und Rüstfischemaschinen. Hier hat Hartmann sogar sein Einflußgebiet erst kürzlich durch Übernahme der Kunstfische-

fäugig, um in Anbetracht des kurzen Zeitraumes, in dem sie entstanden ist, irgendwelche Schlussfolgerungen zu erlauben — wenn sie nach dem, was oben dargelegt, überhaupt als zutreffend gelten kann. Anders bei Habermann und Gutes-Viebold; hier werden die Abschreibungen auf Maschinen deutlich zur Bildung stiller Reserven benutzt.

Bei den anderen beiden Firmen, Beton- und Monierbau und Wagh u. Franke, erreicht die Summe der Abschreibung nur die Hälfte der Summe der Anschaffungen. Hier ist aber zu berücksichtigen, daß beide ihr Kapital erhöht haben und die so eingesammelten Summen das Mehr an Anschaffungen gut decken. Da die Bilanzen zeigen, daß die Kapitalerhöhungen nur zum geringsten Teil der Verstärkung des Maschinenparks dienten, kommt man auch bei diesen beiden Firmen zu demselben Schluß wie bei Julius Berger. Auch bei ihnen halten sich Abschreibungen und Anschaffungen annähernd die Wage, wobei jedoch ausdrücklich betont werden muß, daß der Vorgang bei ihnen in Anbetracht der ganzen Zahlenstellung in der Bilanz weit glaubwürdiger erscheint als dort. Alles in allem:

Von den achtzehn größeren Bauunternehmungen Deutschlands gehören nur drei in ihre Abschreibungspolitik leidlichen Einblick.

Zum Schluß noch eine Anknüpfung an den Gedanken, von dem wir ausgingen. Abschreibungspolitik ist Rückstellungs- und nicht Gewinnverdeckungsmaßnahme. Der Fall Habermann und Gutes-Viebold zeigt dies in trefflicher Form. Über auch Wagh u. Franke und Beton- und Monierbau sind hierfür gute Beispiele. Beide haben auch unter Abhebung der aus Kapitalerhöhungen stammenden und für Anschaffungen verwendeten Beträge ihres Maschinenparks im Laufe von nur vier Jahren aus Betriebsgewinnen reiflos erneuern können

Abteilung der Ratinger Maschinenfabrik erweitert. — Die Frage, ob Hartmann durch diese Maßnahmen endgültig saniert ist, wird jedoch erst der Verlauf des gegenwärtigen Geschäftsjahres 1929/30 beantworten.

Britischer Chemietrust bei Hirsch-Kupfer 25 Prozent des Kapitals aufkauf.

Der britische Chemietrust, die Imperial Chemical Industries, hat jetzt, wie wir hören, ein Paket Aktien der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke A. G. in Berlin-Charlottenburg im Nennwert von 3 Millionen Mark erworben. Bei einem Kapital von 12 Millionen entspricht dies einem Viertel des Gesamtkapitals.

Der Hirsch-Kupfer-Konzern gehört zu den bedeutendsten metallverarbeitenden Großunternehmen in Deutschland. Seine auf das modernste ausgebauten Kupfer- und Messingwerke bei Charlottenburg beschäftigen 5000 bis 6000 Mann. Die Entwicklung der letzten Jahre kennzeichnet den ununterbrochenen Aufschwung des Unternehmens. So stiegen die Umsätze von 39 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 59 Millionen Mark im folgenden Jahre und erreichten 1928 über 67 Millionen Mark. Das Kapital konnte also mehr als fünfmal im letzten Betriebsjahr umgeschlagen werden. Der Reingewinn wies 1928 eine Steigerung um 50 Proz. auf, und dementsprechend wurde auch die Dividende von 6 auf 9 Proz. heraufgesetzt.

Sir Alfred Mond, der Leiter des britischen Konzerns, ist jetzt in einem der reichsten deutschen Metallkonzerne. Die Aktion des englischen Chemietrusts ist von besonderer Bedeutung, weil er im Laufe der letzten Jahre den größten Teil der englischen Kupfer- und Messingwerke unter seine Herrschaft gebracht hat und nun offenbar seine Hände nach der kontinentalen Metallindustrie ausstreckt.

Kohlenumlage von 2,50 Mark!

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hat die Umlage für September von 2,25 auf 2,50 M. erhöht. Damit ist der höchste Satz im Quotenkampf, der bisher bei 2,45 M. im November 1928 lag, erreicht.

Ueber die Produktions- und Abgabemenge ist folgendes mitzuteilen: Im September hat sich die Förderung im rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat weiter erhöht und zwar steigerte sich die arbeitsmäßige Förderung von 404 665 Tonnen im August auf 406 175 Tonnen. Da der September weniger Arbeitszeit hatte, ging die monatliche Förderung von 10,82 auf 10,12 Millionen Tonnen zurück. Verglichen mit dem Vormonat liegt eine Steigerung von 0,13 Proz. vor, verglichen mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres eine Steigerung von 11,45 Proz. Der gesamte Absatz (Roh- und Bricketts in Kohle umgerechnet) wird mit 6,5 Millionen Tonnen angegeben. Gegenüber dem Vormonat liegt ein Rückgang von 4,4 Proz. vor, gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres eine Erhöhung von 11,80 Proz. Von dem Gesamtabsatz verbleiben 3,14 Millionen Tonnen (im Vormonat 3,34 Millionen Tonnen) im unbesetzten Gebiet, während 3,4 Millionen Tonnen (im Vormonat 3,25 Millionen Tonnen) im besetzten Gebiet gingen.

Eoch Jollerhöhung starke polnische Buttereinfuhr. Neben Australien ist Polen das einzige Land, auf das die Buttererhöhung von 50 M. je Doppelzentner zur Anwendung gelangt ist, nachdem mit Polen noch kein Vertragsverhältnis bestand. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres sind aus Polen 7300 Tonnen eingeführt worden, davon seit der Jollerhöhung am 10. August 620 Tonnen. Nach diesen Ziffern scheint es, daß trotz der Jollerhöhung die polnische Buttereinfuhr im ganzen laufenden Jahre kaum sehr weit hinter der höchsten bisher erreichten polnischen Buttereinfuhr mit 9100 Tonnen im Jahre 1928 zurückbleiben wird. — Ab 1. November wurden in Polen Exportprämien von 20 Zloty für 100 Kilogramm Butter bestimmter Qualität eingeführt, die in der Form von Ausfuhrzertifikaten gemehrt werden. Die Exportprämie soll als Rückvergütung von Zöllen gedacht sein, die auf bei der Produktion verwendeten ausländischen Metallermaschinen gezahlt wurden. Die Begründung ist recht lakonisch. Ob nicht für die Handelsvertragsverhandlungen ein neues Handelsabkommen geschaffen werden soll, das man durch die Fortsetzung des Butterexportes recht kostspielig machen will?



Für die Gesundheit!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schönberger Str. 16a. Tel. Lützow 8260-61